

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich.
Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3220.

Herausgeber: B. Große in Hamburg.
Verantwortlich für die Redaktion: A. Köstke, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigentheil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Gimsbüttel, Bismarckstraße 10.

Inserate f. d. viergespalt. Petitzeile od. deren Raum 30 $\frac{1}{2}$.
Bergütungs-Anzeigen 15 $\frac{1}{2}$, Verammlungs-
Anzeigen und Stellenvermittlungen 10 $\frac{1}{2}$ pro Petitzeile.
Beilagen nach Uebereinkunft.

Kollegen! Werbet unablässig neue Mitglieder für den Verband!

Inhalt: Eine pessimistische Auffassung. — Der umgekehrte Crispinus. — Der schleswig-holsteinische Tischlerinnungstag in Rendsburg. — Zur Aussperrung der Pfaffava-Zurichter der Firma Steidtmann und Nagel in Hamburg. — Sozialpolitische Rundschau. — Deutscher Holzarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Ausschusses. — Verbands-Nachrichten. — Korrespondenzen. — An die Zahlstellen Schlesiens und der Bauhis. — Eingekandt. — Verband deutscher Korbmacher: Korrespondenzen. — Streiks und Lohnbewegung. — Gewerkschaftliches. — Technisches. — Abrechnung der Zentral-Kranken- und Sterbefälle deutscher Korbmacher. — Literarisches. — Briefkasten. — Quittung. — Verammlungs-Anzeiger. — Anzeigen.

Lohnbewegung.

Zuzug ist fernzuhalten: Von Parquetbodenlegern nach **Berlin** (Kosensfeld & Co.); von Tischlern nach **Emelingen** bei Bremen (Werkstätte Brandt); von Bürsten- und Pinselmachern nach **Nürnberg**; von Tischlern, Stellmachern und Drechslern nach **Heine**; von Tischlern, Drechslern, Polirern und Bildhauern nach **Eisenach** (Möbelfabrik von Köhler & Co.); von Korbmachern nach **Zeit** (Pfeifer's Werkstätte); von Schreibern und Parquetbodenlegern nach **Musbach** in Bayern (Firma Konrad Koberer); von Pfaffava-Zurichtern nach **Hamburg** (Steidtmann & Nagel); von Tischlern auf photographische Apparate nach **Dresden** (Inhaber E. Wünsche).

Wir erwarten aus vorstehenden Orten mindestens alle zwei Wochen eine Mittheilung über den Stand des Streiks oder die Aussperrung; im anderen Falle freichen wir die Orte ohne Weiteres. **Die Red.**

Eine pessimistische Auffassung.

Der Druck, unter dem die Arbeiterklasse heute leidet, zwingt diese bewußt oder unbewußt zu dem Drange, die Hände nicht thatenlos in den Schooß zu legen, vielmehr sich desselben zu entledigen, indem sie einerseits dem befreienden Sozialismus zustrebt, andererseits so gut es nur geht, schon in der Gegenwart sich einen größeren Antheil am Arbeitsertrage zu erringen sucht. Diese beiden Bestrebungen ergänzen sich gegenseitig, denn beide befinden sich im Kampfe mit den bestehenden Klassen, beide sind auf dem Gebiete der Aufklärung der abseits stehenden indifferenten Arbeitermasse unaufhaltsam thätig; beide sind also notwendig, beide unentbehrlich. Für keine dieser Bestrebungen läßt sich eine genaue Grenze ziehen, da eine von der anderen mehr oder weniger auch für die Folge abhängig sein wird.

Wir theilen aus diesem Grunde auch keineswegs die pessimistische Anschauung, daß mit der fortschreitenden Konzentration des Kapitals, mit der Vereinigung der großen Unternehmer in alle möglichen Verbände, die Gewerkschaftsbewegung ohnmächtig oder wohl gar überflüssig geworden wäre. Natürlich, und das ist Vorbedingung, muß dieselbe, wenn sie Erfolge erzielen will, eine größere Macht als heute repräsentieren. Das ist keine streitige Frage. Wenn die Erfolge im Kampfe mit dem Unternehmertum heute nur ganz minimale sind, viele der wirtschaftlichen Kämpfe resultatlos und zum Nachtheile der Arbeiter ausfallen, so liegt das weniger an der Konzentration der Unternehmer, als an der zu geringen Macht, über welche die Gewerkschaften verfügen. Das kann und darf aber kein Grund sein, nun ohne Weiteres zu folgern, daß, je mehr sich die Unternehmer vereinigen, die Gewerkschaften desto widerstandsunfähiger und somit zwecklos werden.

Wenn man in Betracht zieht, daß den Gewerkschaften, oder richtiger einzelnen Berufen, oft seitens der Kapitalisten ein Streik aufoktrojirt wird, den die Arbeiter sonst nicht inszenirt hätten, so ist eine Niederlage nur zu erklärlich und wird auch bei den bestorganisirten Gewerkschaften unausbleiblich sein. Der Kapitalist wird nur dann zu Konzessionen an die Arbeiter bereit sein, wenn ihm aus einer Arbeitseinstellung Nachtheil erwächst, wird sich aber keineswegs zu solchen verstehen, wenn ihm eine Ruhepause in der Produktion erwünscht ist, wie wir das in einem Artikel (Nr. 35) bereits andeuteten. Ihm ist darum zu thun, seine überfüllten Waarenlager räumen zu können und eventuell in Ermangelung eines großen Ueberflusses an solchen die Preise beliebig zu erhöhen. Der ihm durch den Stillstand der Produktion für kurze Zeit entgangene Kapitalgewinn und der verlustige Kapitalzins werden durch die erhöhten Waarenpreise leicht wieder herausgeschlagen.

Diese Praktiken werden sich ebenso häufig wiederholen wie die Zeit der günstigen Geschäftskonjunkturen mit den wirtschaftlichen Krisen in rascher Reihenfolge abwechseln. Die Periode des günstigen Aufschwunges, wenn überhaupt noch von einem solchen geredet werden kann, wird eine immer kürzere; das Unternehmertum ist deshalb genöthigt, diese nach Kräften auszunützen, um das in den Krisen Versäumte nachzuholen. Diese günstige Periode müssen sich auch die Arbeiter zu Nutzen machen; sie werden um so eher Erfolg haben, das Unternehmertum um so eher zu Zugeständnissen bereit finden, als dasselbe durch etwaige Störungen eine Einschränkung des Gewinnes befürchtet, den es sich doch nicht entgehen lassen will. Damit ist nicht gesagt, daß die Arbeiter blindlings und ohne Vorbereitung in den Kampf ziehen, in dem Wahne lebend, daß die günstige Konjunktur und der glücklich gewählte Zeitpunkt ihnen nun unter allen Umständen den Sieg in den Schooß werfen müssen.

Das wäre ein bedauerlicher Irrthum und möchte manche bittere Enttäuschung bringen. Es ist vielmehr nur damit gesagt, daß die Organisationsarbeit eine fortwährende, eine andauernde sein muß, um alle Berufs-genossen für den Kampf zu gewinnen, daß es einer unausgesetzten, aufklärend wirkenden, agitatorischen Thätigkeit bedarf, wozu die Ansammlung des Kampffonds in erster Linie gehört, um im günstigen Augenblicke sofort zuschlagen zu können und nicht erst dann daran gedacht wird, wenn der Kampf beginnen soll. In diesem Punkte ist leider schon recht viel gesündigt und die Niederlagen, welche die Arbeiter in ihren Kämpfen mit dem Unternehmertum heute erleiden, sind fast in den meisten Fällen auf diese Unterlassungssünden zurückzuführen. Fast befürchten wir, daß sich auch in unserem Verbands eine Reihe Kollegen befinden, welche die allgemeinen Regeln außer Acht lassen und dem blinden Glück vertrauend, in Kämpfe einzutreten gewillt sind, deren ungünstiger Ausgang nicht zweifelhaft sein kann, und dagegen möchten wir warnend unsere Stimme erheben.

Wir erkennen an, daß die in diesem Jahre geführten Abwehrstreiks sammt und sonders berechtigt waren, und beklagen auch nicht die horrenden Summen, welche sie kosteten, und umso weniger, als die Kämpfe nicht zu Ungunsten unserer Kollegen ausgefallen sind. Man erwarte nun nicht etwa die Thorheit von uns, zu sagen: „Nun muß es aber aufhören.“ Das sei ferne von uns. Im Gegentheil; wo den Kollegen ein Abwehrstreik aufgedrungen wird, handle es sich um die Beschränkung

des Koalitionsrechtes, Verlängerung der Arbeitszeit oder namhafte Lohnreduzierungen, möge dem Anfinnen mit aller Macht entgegengetreten werden — aber, und das ist es, was uns vor einer allzu großen Begeisterung für alle Abwehrstreiks scheu macht: die leere Kasse und das mangelnde Solidaritätsgefühl lähmen unsere Aktion.

In diesen Punkten muß es anders werden. Geben die einzelnen Zahlstellen ihre Zustimmung, daß Abwehrstreiks vom Verband unterstützt werden sollen, dann müssen sie aber auch für die erforderliche Unterstützung sorgen. Davon sind selbstverständlich diejenigen Orte nicht ausgenommen, die sich für Unterstützung eines Streiks nicht erklärten. Der Verbandstag hat es abgelehnt, Streiks aus Verbandsmitteln zu unterstützen, hat vielmehr die Zentral-Streikkommission wieder auf den bisherigen Weg der Opferwilligkeit der Kollegen zur Erlangung von Mitteln verwiesen.

Gewiß hat die Opferwilligkeit sich seit Jahren oft und glänzend bewährt, wer möchte das bestreiten? Aber Zeiten außerordentlicher Kämpfe, wie in diesem Jahre, erfordern auch außerordentliche Mittel, wie die Abrechnung Schmöllns und anderer Orte zeigt; da ist es dringend nothwendig, an die größere Opferwilligkeit der Kollegen zu appelliren. Die Erwerbsverhältnisse sind im Allgemeinen tief traurige und gewiß nicht derart, um große Opfer bringen zu können; sorgen wir aber nicht dafür, daß dem Anfinnen der Unternehmer, unsere Lebenslage auf ein noch niedrigeres Maß herabzudrücken, ein Dämpfer aufgesetzt wird, dann werden wir immer tiefer und tiefer sinken und an ein Emporkommen überhaupt nicht mehr denken dürfen. Es könnten dann die merkwürdigen Worte eines Delegirten in Erfurt, „daß die leeren Kassen ernüchternd wirken und unnötige Streiks vermieden würden“, allerdings zu einer grausamen Wahrheit werden. Nicht aber allein die „unnötigen“ Streiks, unter welchen der Delegirte Angriffsstreiks verstanden wissen wollte, sondern auch die „sehr nöthigen Abwehrstreiks“ müßten unterbleiben; und wenn das infolge Mangels an Mitteln, Mangels der Opferwilligkeit und des mangelnden Solidaritätsgeföhls sein müßte — dann Kollegen — laßt uns lieber einpacken. Nach dieser kurzen uns nothwendig erscheinenden Abschweifung kehren wir zu unserem Thema zurück.

Die wirtschaftlichen Kämpfe erfordern von den Arbeitern mehr als früher — d. h. zu Anfang der siebziger Jahre, woselbst durch plötzliches Zusammenfließen zum Zwecke eines Streiks Erfolge erzielt wurden — eine größere Einsicht in die wirtschaftlichen Verhältnisse und deren Zusammenhang, mehr Geduld, um bis zum richtigen Moment zu warten, eine größere Opferwilligkeit, Disziplin und Ausdauer im Kampfe selbst. Diese Eigenschaften werden umso mehr vorhanden sein müssen, als die Konzentration der großen Unternehmungen fortschreitet, und die Reservearmee, die stets bereit ist, um die in den Kampf tretenden Arbeiter zu ersetzen, an Zahl zunehmen wird. Daß die Einschränkung der Reservearmee wiederum nur durch die Macht der Organisation möglich ist, wollen wir nur nebenbei bemerken. Da schon heute und später noch viel mehr mit der Reservearmee bei Streiks zu rechnen sein wird, ist es um so selbstverständlicher, daß nur ein günstiger Zeitpunkt zum Kampfe gewählt und von der Seite: Mangel an verfügbaren Reservetruppen — die unter Umständen schärfer als eine gefüllte Kasse ist — dann

aber auch der energischste und nachhaltigste Gebrauch gemacht wird.

Das Gebot der Selbsterhaltung, die unabwiesbare Nothwendigkeit, daß die Lebenslage der Arbeiter nicht vollends auf eine Null-Existenz herabgedrückt werden darf, wird in den späteren Kämpfen entscheidend sein und dementsprechend werden die Formen des Kampfes sich der veränderten Gestaltung, in der das koalirte Großunternehmertum den Kämpfern gegenübertritt, anpassen müssen. Daß unter solchen Umständen nicht immer Prinzipien, sondern recht oft die Bedürfnisse des Augenblicks über die zu befolgende Taktik entscheiden werden, erscheint uns ziemlich sicher, denn der Erfolg wird davon abhängen, ob das im Moment Gebotene zur rechten Zeit erkannt und darnach gehandelt wird.

Daß der Umfang oder die Ausdehnung der gewerkschaftlichen Kämpfe von der kapitalistischen Entwicklung abhängt, ist bekannt. Waren die Kämpfe früher lokaler Natur, sind sie heute unter dem Zwange der Nothwendigkeit schon nationale geworden; und der Einfluß, welchen der Weltmarkt auf die Arbeitsverhältnisse der einzelnen Länder ausübt, die Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit der Kapitalisten auf demselben, von welcher die Forderungen der Arbeiter und etwaige Zugeständnisse an dieselben abhängig sein werden, drängen nothwendig auf eine internationale Ausgestaltung der Gewerkschaften, und dementsprechend werden auch die gewerkschaftlichen Kämpfe für später international ausgefochten werden müssen.

Daß unter diesen Umständen auf politischem Gebiete thatkräftig mit eingegriffen werden muß, ist ganz selbstverständlich. Gerade die Gesetzgebung hat den Gewerkschaftsorganisationen die Bahn frei zu machen, sie gegen Uebergriffe der Behörden zu schützen, das Vereinsgesetz dermaßen zu gestalten, daß jede Willkür derselben ausgeschlossen ist. Wir sind nun freilich nicht so optimistisch, von der Gesetzgebung diesen Schutz so bald zu erwarten, glauben vielmehr, daß die Gewerkschaften vor der Hand noch auf sich selbst angewiesen sein werden und suchen müssen, zu erringen, was unter den gegenwärtigen Umständen möglich ist. Die Gewerkschaften werden nach wie vor bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Kampf erringen müssen, ob mit oder ohne gesetzliche Festlegung von Korporationsrechten. Sie werden, trotzdem vielleicht nach Jahren ein zehnstündiger Normalarbeitstag gesetzlich bestimmt wird, doch für die Einführung eines achtstündigen kämpfen müssen, weil sie den durch die Entwicklung des Maschinenwesens und viele andere technische und sonstige Ertragenseigenschaften hrolos gewordenen Arbeitern wieder Unterkommen schaffen müssen, wenn sie durch deren Konkurrenz nicht vollends zu einer Hungerexistenz verdammt sein wollen.

So ist es jetzt, so wird es bei wachsender Konzentration des Kapitals noch mehr der Fall sein. Mit dem Druck, den die großen Unternehmervände auf die Arbeiter ausüben werden, wird sich auch die Nothwendigkeit der Abwehr steigern. Je energischer und nachhaltiger diese nun ist, um so besser, und daher ist in erster Linie an den jetzigen Ausbau der Gewerkschaften zu denken und unermüdet für die Heranziehung der indifferenten Arbeiter, für die Erhöhung der Schlagfertigkeit, Stärkung des Klassen- und Solidaritätsbewußtseins Sorge zu tragen.

Wenn die Gewerkschaften in diesem Sinne ihrer Aufgabe gerecht werden, dann wird sich bald herausstellen, daß sie mit der zunehmenden Konzentration des Kapitals nicht machtlos oder gar überflüssig werden, sondern gerade infolge dieser Konzentration zu einer Naturnothwendigkeit geworden sind.

Der umgekehrte Crispinus.

Von Bruno.

In der katholischen Kirche verehrt man einen Heiligen, der die eigenthümliche Gewohnheit an sich hatte, den reichen Leuten Leder zu schneiden, um den armen Leuten Schuhe daraus zu machen. Daß ihm diese Nachahmung fremden Eigenthums keinen Verlust seines Heiligenscheinens eingetragen hat, ist ein Beweis dafür, daß die Aufnahmeweise des früheren Christenthums in der Frage des Eigenthums eine wesentlich andere war wie die des heutigen Christenthums. Heutzutage hat die Kirche die „Heiligkeit des Eigenthums“ und deren Vertheidigung auf ihr Programm geschrieben und bekennt lebhafte im Kampfe gegen den „eigenthumsfeindlichen Sozialismus“ mit einem Eifer, der ihr den Lauf selbst der unglücklichsten Bourgeois eintragen mag. Daher denn auch die Zornigkeit und Gottesmüdigkeit der alten, einstmal so gelassenen Bourgeois, welche diese Klasse allerdings fleidet, wie die Antike und Rom den schlauen Römische Fleidet.

So viel steht fest, heutzutage würde ein Heiliger vom Schlage des Schusters Crispinus

wohl wenig Aussicht haben auf Verehrung von Seiten der Kirche. Seine Unwirtschaft auf das Zuchthaus wäre entschieden größer. Wäre die Umsturzvorlage Gesetz geworden, würde die Heiligenlegende, worin dieser Feind des Eigenthums als Muster und Vorbild hingestellt wurde, demselben sicher zum Opfer gefallen sein. Der § 130, welcher dem Schuß der Ehe, der Familie oder des Eigenthums, „als Grundlage der Gesellschaftsordnung“, dienen sollte, würde dazu eine Handhabe geboten haben. . . . Also fort mit dem heiligen Crispinus, er ist unmodern geworden, er paßt nicht mehr unter die modernen Bourgeoisheiligen.

In der That hätte ein Mensch mit dem entgegengesetzten Grundsatz eher Aussicht, wenn auch gerade nicht heilig gesprochen, so doch salonsfähig zu werden. Der arme Crispinus ist von der fortschreitenden Entwicklung längst überholt und zum alten Eisen geworfen worden. Würde er heute aus seinem Grabe er stehen und die Zentrumsheligen erblicken, so würde er ebenso erschrocken zurückprallen wie ein mittelalterlicher Stegreifritter, wenn er seine heutigen Nachkommen, die modernen Raubritter in Frack und weißer Weste, mit Schnürbrust, Nasenklemmer und Poposcheitel vor sich sähe.

Bekanntlich ist der Sozialismus durchaus nicht eigenthumsfeindlich schlechthin, im Gegentheil, er will das Eigenthum wieder zu Ehren bringen. Allerdings nur das auf ehrliche, nützliche Arbeit gegründete Eigenthum, jedes andere, das ergaunerte, erpreßte oder auf legalem Wege erworbene Ausbeutungseigenthum, mit einem Worte das arbeitslose Einkommen, erscheint ihm als „Fremdthum“. Da der Sozialismus überzeugt ist, daß nur die Arbeit Werthe schafft, so muß er mit zwingender Nothwendigkeit die Berechtigung eines jeden nicht auf Arbeit gegründeten Eigenthums, möge es auf Rente, Zins, Profit oder sonstigen Titeln beruhen, verneinen. Es mag dies der heute herrschenden Bourgeoisanschauungsweise noch so sehr gegen den Strich gehen, aber ändern läßt es sich nicht. Eine wissenschaftliche Ueberzeugung läßt sich nicht im Handumdrehen ändern, wie wenn man seinen Rock wechselt, und eine fremdliche Stimmung gegen das heutige Eigenthum zu heucheln, wird kein Mensch vom Sozialismus verlangen und glauben.

Da dies nun einmal so ist, muß es sich die heutige Gesellschaft gefallen lassen, daß der Sozialismus an ihrem Thun Kritik übt. Es ist das gute Recht des Sozialismus, welches ihm keine Macht der Welt wird rauben können. Und so wollen wir uns denn heute erlauben, das Thun und Lassen des Staates unter die Lupe zu nehmen, welcher ja nur das ausführende Organ der herrschenden Bourgeoisparteien ist.

Die alten Schlagworte: „Selbsthilfe — Staatshilfe!“ haben längst ihre Bedeutung verloren; die Frage, ob der Staat berechtigt resp. verpflichtet ist, sich um das Wohl und Wehe seiner Unterthanen zu kümmern, ist heutzutage im bejahenden Sinne entschieden. Allerdings hat selbst in den Tagen des höchsten Kampfes der damals herrschende Liberalismus niemals daran gezweifelt, daß der Staat die Pflicht habe, der Bourgeoisie durch zinsfreies Darlehen, durch Uebernahme von Garantie bei dem Bau von Eisenbahnen usw. unter die Arme zu greifen, als jedoch Laffalle mit seiner Hundert-Millionen-Forderung für Produktionsgenossenschaften im Interesse des Arbeiterstandes auftrat, bestritt man dem Staate nicht nur die Pflicht, sondern sogar das Recht, etwas für das Proletariat zu thun. . . . „Ja, Bauer, das ist ganz was Anderes!“

Die Junker haben die Liebesgaben in der Form von Prämien an den Export (die Ausfuhr) von Branntwein und Zucker schmunzelnd in die Tasche gesteckt und fleiden sie noch fortwährend ein; die Industrie hält den ihr durch die Zölle zu Theil gewordenen Schutz für etwas ganz Selbstverständliches; die hochadeligen Standesherrn, diese Edelstein und Besten der Nation, haben Jahrzehnte hindurch vollständige Steuerfreiheit genossen und dies Privilegium erst fahren lassen, als ihnen aus den Taschen der Steuerzahler eine reichliche Abfindungsumme gezahlt wurde; die Agrarier schreien nach der Hälfte des Staates, um auf Kosten der Konsumenten für ihre Produkte höhere Preise zu erzielen. . . . kurz und gut, die Angehörigen der besitzenden Klasse halten die Fürsorge des Staates für ganz berechtigt — wenn sie ihnen selbst zu Gute kommt. Nur für die Arbeiter will man nichts thun, wenigstens nichts Durchgreifendes.

Und doch ist es Thatsache, daß infolge der heutigen Produktionsweise und im Speziellen auf Grund des heutigen Steuersystems, welches die indirekten Steuern ganz unmerklichmäßig bevorzugt, fast die ganze Steuerlast auf den Schultern der arbeitenden Bevölkerung ruht. Wenn eine Steuerwelle über das Land dahinbraust, so fällt ein Tropfen nach dem anderen nieder, bis sich die

ganze Welle auf dem Grunde ansammelt. Das Kapital versteht es vortrefflich, die Steuern von sich auf die Schultern der Arbeiterklasse abzuwälzen; es ist dies heute noch ebenso gut „frommer Brauch“ der herrschenden Klasse, wie zu den Zeiten der Pharaonen Egyptens, der Latifundienbesitzer Roms, der mittelalterlichen Grundherren Deutschlands oder der Sklavenbarone Amerikas.

Wenn nun trotzdem, daß die Arbeiterklasse die Hauptsteuerlast trägt, der heutige Staat aus eben diesem Steuerfische der besitzenden Klasse Geschenke macht, so kommt mir dies vor wie der umgekehrte Crispinus, welcher den armen Leuten das Leder aus der Haut schneidet, um den reichen Leuten Schuhe daraus zu machen. An einem speziellen Beispiele werde ich dies zeigen.

Bekanntlich war der Staat (Preußen, Bayern oder irgend ein anderer) zu Zeiten, wenn er seine Bedürfnisse durch die Steuern nicht decken konnte, genöthigt, eine Anleihe aufzunehmen und dieselbe zu verzinsen. Diese Bedürfnisse wurden hauptsächlich hervorgerufen durch die Ausgaben für das Militär und die Marine, Einrichtungen, welche unbestrittener Maßen im Interesse der besitzenden Klasse in's Leben gerufen sind. Diese besitzende Klasse schießt dem Staate Geld vor, damit er ihr Eigenthum schützt, ihre Interessen vertritt usw., läßt sich dies geliehene Geld jedoch verzinsen, und zwar möglichst hoch verzinsen.

Wonach richtet sich die Höhe des Zinsfußes? Augenscheinlich nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage. Ist viel Geld vorhanden, so ist der Zinsfuß niedrig, ist wenig Geld vorhanden, so ist er hoch. Die Gelbbesitzer (ober allgemein ausgebrüht, der Geldmarkt) haben ein überaus zartes Gefühl, sobald es sich um „das Gold, das gelbe, schimmernde, glitzernde Gold“ *) handelt, sie wittern das Steigen und Fallen der Goldwelle gleichsam instinktiv. Das Barometer, welches das Spiel dieser goldenen Fluth anzeigt, ist der Kurszettel. Denken wir uns einen Rentier, einen Gelbmann, welcher sein Vermögen zinstragend anlegen will. Er hat die Wahl — und damit auch die Qual. Soll er Industrie-Aktien kaufen, Eisenbahn-Obligationen, in- oder ausländische Staatspapiere, Pfand- oder Hypothekenbriefe? Man sieht, ein Rentier hat auch seine Sorgen. Zweierlei wird er bei seiner Kapitalanlage berücksichtigen, er will möglichst hohe Zinsen erzielen und sein Geld möglichst sicher unterbringen. Leider vertragen sich diese beiden Dinge nur sehr schlecht miteinander; sichere Papiere bringen niedrige Zinsen, unsichere dagegen, bei denen das Risiko größer ist, müssen naturgemäß höhere Zinsen tragen, um Käufer anzulocken. Der alte Rothschild hatte deshalb ganz Recht, als er seinem Sohne den Rath gab: „Willst Du gut essen, so kauf Dir Rumänen, willst Du gut schlafen, so kauf Dir Preußen.“ In der That haben die rumänischen Staatspapiere trotz ihrer hohen Zinsen manchem Besitzer schlaflose Nächte gemacht.

Daß Industrie und Landwirthschaft, Handel und Wandel da niederliegt, tritt wohl nirgends so deutlich hervor, als auf dem Geldmarkte. Die Kapitalisten entziehen ihr Geld der Produktion und der Zirkulation der Waaren, weil ihnen die heutige Geschäftslage zu unsicher erscheint. Deshalb liegt das Geld nutzlos und müßig herum, die Kassen sind überfüllt, die Banken erfüllen fast im Golde. Auf der anderen Seite fehlt es Handwerkern, Kaufleuten, Bauern und Fabrikanten an dem nothwendigsten Betriebskapital. Es gehört dies auch mit zum Kapitel von der heutigen Gesellschaftsordnung, welche es zuläßt, daß eine Gruppe im Fette erstickt, während eine andere an der galoppirenden Schwindjucht leidet.

Der Gelbbesitzer kann sein Geld jedoch nicht einpöbeln, es soll für ihn „arbeiten“, es soll ihm Zinsen bringen. Deswegen legt er es als vorsichtiger Hausvater in Staatspapieren an. Wenn auch der Zinsfuß nicht allzuhoch, so ist doch die Sicherheit um so höher. Er begnügt sich also mit 4 pZt. oder 3 1/2 pZt., weil er weiß, daß sein Geld sicher angelegt ist und ihm unter normalen Verhältnissen niemals verloren gehen kann. Wegen dieser Sicherheit strömt das flüssige Geld in Masse den Staatspapieren zu, weshalb sie im Kurse sehr hoch stehen. Wenn der Staat wollte, könnte er das Geld zu einem billigeren Zinsfuß geliehen bekommen. Er brauchte nur zu dem Zwecke seine Anleihe konvertiren (umändern), d. h. die früheren Schuldscheine einzuziehen und andere, niedriger verzinst, dafür auszugeben, z. B. statt 4prozentige, 3 1/2 resp. 3prozentige. Hierdurch würde er, wie Jedem einleuchtet, ganz bedeutend an Zinsen sparen.

In der Reichstagsitzung vom 26. März 1895 befürwortete unser Genosse Bebel die Konvertirung (Umwandlung) der 4- und 3 1/2-prozentigen Schulden in 3prozentige. . . . Wir haben im deutschen Reiche

*) Goldmark, Uman von Uman, 4. Bd., 2. Seite.

gegenwärtig 450 Millionen 4prozentiger und 778 Millionen 3 1/2prozentiger Schuldschreibungen. Würden diese beiden Beträge in 3prozentige Schuldschreibungen konvertirt, so würde sich die Zinsersparniß auf 8 1/3 Millionen Mark belaufen. . . . Geht aber das Reich mit der Konvertirung vor, dann können die Einzelstaaten unmöglich zurückbleiben. Preußen, Bayern, Baden, Hessen haben mit Einschluß des deutschen Reiches 4prozentige Schuldschreibungen in Höhe von 5583 Millionen Mark. Die Konvertirung dieses Kapitals in 3prozentige Papiere würde also eine jährliche Zinsersparniß von fast 56 Millionen Mark ergeben. . . . Die Konvertirung der 3 1/2prozentigen in 3prozentige Schuldschreibungen würde weitere Zinsersparnisse ergeben, für Preußen z. B. noch 10 Millionen Mark. . . . Nach Nebel's Ausführungen würden allein die größeren Staaten Deutschland za. 70 Millionen Mark jährlich ersparen können, wenn sie wollten. Welche Erleichterung dies für die Steuerzahler mit sich bringen würde, ist klar; die Steuerlast brauchte nicht mehr so sehr angezogen zu werden wie bisher, die Regierung hätte nicht nöthig, mit neuen Steuerprojekten schwanger zu gehen, der Tabak brauchte nicht immer wieder von Neuem zu bluten usw.

Ob die Regierung den günstigen Zeitpunkt benutzen wird? Nach den Ausführungen des Reichsschatzsekretärs in derselben Sitzung scheint dies nicht der Fall zu sein. Er führte aus, es sei zu befürchten, daß bei einer Konvertirung die jetzigen Inhaber von Staatspapieren ihr Geld in auswärtigen Papieren anlegten, und dies zu bewirken, könne nicht die Absicht der Regierung sein, d. h. also mit anderen Worten, die Regierung wird fortfahren, aus dem Steuerfädel den Kapitalisten, in diesem Falle den Inhabern von Staatspapieren, höhere Zinsen zu bezahlen als nöthig wäre. Die arbeitende Klasse muß immer mehr Steuern aufbringen, damit die reichen Leute im Genuß ihrer Renten nicht geschmälert werden. Es wird also in der That aus der Haut der armen Leute Leder geschnitten für die Reichen.

Die Befürchtung, die Geldleute könnten ihr Kapital in ausländischen Papieren anlegen, um höhere Zinsen zu erzielen, liefert wieder einmal den Beweis, daß das Kapital seiner Natur nach international ist und daß bei den Kapitalisten der Patriotismus aufhört, wo das Interesse ihres Geldsacks anfängt. Alle patriotischen Reden, die in hier- und weinseliger Stimmung gehalten werden, sind nur Phrasen, auf die Dummheit der Zuhörer berechnet. In Geldsachen hört nicht nur die Gemüthlichkeit, sondern auch der Patriotismus auf.

Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß der maßlose Bereicherungstrieb das Kapital in's Ausland treibt, wo auf Kosten der Sicherheit ein höherer Profit winkt. In griechischen, argentinischen und anderen ausländischen Papieren steckt deutsches Geld, welches die deutsche Industrie selbst sehr gut gebrauchen könnte. Tritt nun, wie es augenblicklich der Fall ist, in den Verhältnissen der fremden Staaten eine Verschlechterung ein, so daß diese vor dem Bankerott stehen und Kapital und Zinsen in Gefahr gerathen, so erheben die Herren Kapitalisten ihre Stimme und rufen nach der Hülfe des Staates. Sie verlangen, daß das deutsche Reich Diplomaten schicke, um die fremden Gläubiger an ihre Pflicht zu erinnern, daß Schiffe ausgefendet werden, um die fremden Häfen zu blockiren, selbst einen Krieg würden sie nicht scheuen, wenn sie dadurch ihr Geld wieder bekommen könnten, mit einem Worte, sie halten den Staat für verpflichtet, auf Kosten der Gesamtheitsteuerzahler ihre Privatinteressen zu vertreten.

Und das ist nun einmal Brauch heutzutage: die Kleinen müssen ihre Haut zu Markte tragen, damit es den Großen nicht an Leder mangelt; die Armen müssen sich schinden und placken, sie müssen eine immer größere Steuerlast tragen, damit das arbeitslose Einkommen der Reichen sich beständig vermehre.

Ein solches Thun und Treiben kann man mit Fug und Recht die Methode des umgekehrten Crispinus nennen.

Der schleswig-holsteinische Tischlerinnungstag in Hendsbürg.

Von ganzen 13 Innungen, einschließlich Alsted und Hamburg, waren 11 durch 16 Delegirte vertreten. Die 13 Innungen wählten ganze 960 Mitglieder auf. Von der großen begeisterten Theilnahme des Vorstands bekommt man einen Begriff, wenn man liest, daß im ganzen Jahre fünf Vorstandssitzungen abgehalten wurden, vom 12. Oktober 1894 bis 6. April 1895 gar keine. Des Weiteren gelangten vom Vorstand an die Innungen 4 Reichsbriefe, 40 Schreibriefe, 120 Beschlüsse und 850 Entlassungsbefehle. (Natürlich nach einseitigem System, ob dieselben nach berühmten Mustern hergestellt sind, steht in dem Bericht leider nicht.) Als der Tischlermeister Köhrig in Altona von der Studienreise der Reichsbeamten an der Hand eines Artikels der „Misch. Post“ referiren wollte, wurde er von

dem Hamburger Tischlermeister Kromm ernstlich verwahrt, nicht zu vorlaut in dieser Sache zu sein, da man sich auf solche Zeitungsartikel nicht verlassen dürfe. Die „Misch. Post“ ist nämlich ein sozialdemokratisches Blatt und ist gewöhnt, die unverblümte Wahrheit zu schreiben und da möchten die Innungsmeister Gefahr laufen, in sozialdemokratischem Geruch zu kommen, was sich durchaus nicht geschickt hätte, denn fintelmalen das übliche Hoch auf Se. Majestät und „das ganze kaiserliche Haus“ noch nicht ausgebracht war. Es wäre nicht unmöglich gewesen, daß der eine oder andere Delegirte nach dem Vortrage aus der „Misch. Post“ so ein wenig rosaroth angelaufen wäre und dann wärd' eine Blamage! — eine Anhöhung aus dem rosaroth angehauchten Munde? Unmöglich! Der Flensburger Bunze n macht ganze Arbeit und bittet, den Punkt nicht zur Diskussion zu bringen, „da die Sache von oben herab mehr im Vertrauen behandelt würde.“ Welch' einen prophetischen Riecher der Herr hatte, geht daraus hervor, daß wirklich die Handwerkerkonferenz im Vertrauen hinter verschlossenen Thüren abgehalten wurde.

Ueber den Handwerkertag in Halle berichtet Tischlermeister Kromm, der schon seit 20 Jahren, wie er sagt, die Handwerkertage besucht, ergo das Gras wachsen hören kann. Er weiß denn auch, daß „durch die drei letzten durch einmüthiges Zusammenhalten wohl schon Vieles gewonnen worden.“ Was gewonnen wurde, sagt er nicht; gemerkt hat von dem Gewinn Niemand etwas. Wenn das Gewonnene aber darin bestehen soll, daß es ihm und seines Gleichen auf den letzten drei Tagen gleich den Agrariern gelungen ist, den Handwerksmeistern oder einem Theile derselben das: „Schreiben wir, schreiben wir“ beizubringen, dann hat er freilich recht, daß haben sie meisterhaft gelernt, was es aber geholfen hat, beweisen die neuen, eigentlich die alten neu angepinzelten Vorschläge, die aus dem brodelnden Hegentessel der geheimen Berliner Handwerkertagkonferenz blauen Dämpfen gleich, sich in Nichts aufgelöst haben. Sodann verbreitet sich Kromm über andere Institutionen, um durch diese Bestrebungen die verloren gegangene Standeshöhe wieder zu erringen. Welche Institutionen gemeint sind, ist in dem Bericht verschwiegen; ob man sich schämt, den schon so oft zusammengebrochenen und geschundenen Gaul „Meistertitel“ auf die öffentliche Bühne zu zerrn, um einem allgemeinen Hohn- gelächter aus dem Wege zu gehen, oder ob man sonst noch etwas Delikates unter den „anderen Institutionen“, das man den Gesellen serviren möchte, verhehlen kann, entzieht sich unserer Beurtheilung.

Neu ist, daß auch Herr Kromm und seine Zuhörer und Nachbeter die abgemagerte Hand ausstrecken wollen nach den 33 1/2 J., welche den 70 Jahre alten Arbeitern, die, wenigstens unter Tischlern nicht existiren, nach 54-jähriger Beitragszahlung gnädigst als Pension ausgekehrt werden. Wir gönnen Herrn Kromm diese Wohlthaten der „bekanntem Wohlfahrtsvereinigungen unserer Arbeiter“ von Herzen gerne und sind überzeugt, daß sämtliche Tischlergesellen gern zu Gunsten ihrer nothleidenden Meister auf die Wohlthaten und Beitragszahlung verzichteten würden.

Ueber die Thätigkeit der Sterbe-Unterstützungskasse, die vor 2 Jahren in Eiderndörpe mit 28 Mitgliedern in's Leben gerufen wurde, berichtet Tischlermeister Peter Hinz aus Kiel. Die Mitgliederzahl ist auf 188 gestiegen. Daß der Berichtserstatter, den wir als einen humanen, gerechten und als besten Arbeitgeber Kiels kennen, sich im Interesse der Hinterbliebenen Beschörderer die Kasse auszubauen, die rechtliche Mähe gibt, wollen wir gerne anerkennen, seinen engherzigen Standpunkt, bezüglich der Aufnahme und des progressiv steigenden Eintrittsgeldes theilen wir jedoch nicht. Doch dies nur nebenbei, wir glaubten aber neben vielem Kleinlichen, auch einer nützlichen Einrichtung Erwähnung thun zu sollen.

Bezüglich des Fachschulwesens spricht Bunze n Flensburg durchaus zutreffende Worte, indem er zugiebt, daß an der mangelhaften Ausbildung der jüngeren Generation die Meister zum nicht geringen Theile selbst schuld sind, was ihm von dem Tischlermeister Kromm - Hamburg einen strafenden Blick einbringt. Nach der Hamburger Innungsliste sind Fachschulen eigentlich überflüssig, „denn wenn die jungen Leute“, so heißt es in dem Bericht, „ihre Tages- und Abendstunden absolvirt haben, so seien die besten Kräfte von der Bahn abgeschwenkt und haben ihre erworbenen Kenntnisse schon mehr als Zeichner und Architekten verworfen und so der Großindustrie und den Fabriken damit ein vorzügliches Material geliefert und dem Feinde des Handwerks so zu sagen die Waffen in die Hand gegeben, womit sie dann gänzlich vom Handwerk abfallen.“ Eine eigenthümliche, aber trotzdem wahre Anschauung. Wenn Herr Kromm vielleicht an ein halbes Duzend früherer Hamburger Tischler, die jetzt entweder an Schulen als Lehrer, oder bei größeren Architekten als Zeichner beschäftigt sind, gedacht hat, so kann dieser Maßstab doch nicht im Allgemeinen angewandt werden, richtig aber ist, daß die heutigen Werkführer der Fabrikanten und Großindustriellen ihre Elementarkenntnisse des Fachzeichnens in den Gewerbe- weniger aber in denen von der Innung errichteten Fachschulen erworben haben, einzelne Fälle natürlich ausgenommen. Kromm hubigt der Anschauung, daß der Unterricht ein solcher sein müsse, daß der Schüler nur für das Handwerk und nicht für die Großindustrie ausgebildet werde. Darin offenbart sich so recht die Kurzsichtigkeit und Kirchthumspolitik eines mit dem Fortschritt nicht Schritt haltenden Tischlermeisters. Glaubt Herr Kromm wirklich, daß die für das Handwerk mit dem nöthigen technischen Wissen und Können begabten Tischlergesellen bei dem Spezialfachunterricht stehen bleiben werden, während, bis sich ihnen die Thore zu der zweifelhaften Existenz eines selbstständigen Handwerkers öffnen? Da befindet er sich im Irrthume, wie die Erfahrung genugsam zeigt; nach wie vor werden sie bestrebt sein, ihre Kenntnisse zu erweitern, um der Großindustrie als Meister oder Werkführer dienen zu können; und offen gesagt, Herr Kromm, bietet denn die theoretische und praktische Thätigkeit eines jungen Handwerkers immer die Gewähr eines guten Fortkommens, wenn er ohne Mittel ist? Sieht es nicht eine ganze Reihe früherer, durchaus tüchtiger Tischlermeister, die heute als Gesellen, Werkführer, Versicherungsagenten usw. ihre Existenz fristen?

Was wir an den Ausführungen des Herrn Kromm anerkennend als Fortschritt registriren, ist: daß er den Tagesunterricht dem am Abend vorzuziehen, indem die Lehrlinge nach volldringendem Tagewerk nicht mehr Lirid zu freudigen Schaffen in der Schule haben, welche Ansicht er in einer Resolution niederlegte, die auch einstimmig angenommen wurde. Nach dieser fand eine Resolution Bunzen's Annahme, in der man bei der Regierung bittend vorstellig werden sollte, dem Bezirksverband Geldmittel zur Verfügung zu stellen, damit einige beschäftigte

Tischlermeister die Kieffhaber'sche Lehrmethode in Magdeburg studiren, um später thätigkeithelfen zu können, in der Provinz Fachschulen für das Tischlerhandwerk errichten zu können. Aber warum soll denn die Regierung um Fußfuß angebettelt werden, und wozu verwenden die Innungen denn die Beiträge ihrer eigenen Mitglieder und diejenigen von den den Innungen nicht angehörigen selbstständigen Tischlermeistern, welche sie einziehen lassen, etwa zu dem Zwecke, daß z. B. Flensburg die Kosten für vier Delegirte decken kann?

Trog der „anstrengenden, vielseitigen“ Thätigkeit, welcher sich die Vorstandsmittglieder der Innungen unterziehen, wollen sich die geplagten Herren immer noch mehr Arbeit aufstaben — natürlich im Interesse ihrer Gesellen, indem sie sich mit dem Plane tragen, Innungskrankentassen für Gesellen und Lehrlinge zu errichten; dieselben sollen sich, wie der Südböcker Tischlermeister Schwartz kund und zu wissen that, sehr gut bewähren, schon darum, weil sich dieselben durch die Selbstverwaltung bedeutend billiger stellen, als die freien Hilfsklassen, indem die geschäftsführenden Personen die Arbeit umsonst thäten; wie weit diese Ansicht berechtigt oder unberechtigt ist, wollen wir hier nicht untersuchen, glauben aber kaum, daß Herr Schwarz große Sympathie bei seinen Hörern gefunden hat, denn es hat sich weder an seinen Vortrag eine Diskussion angeschlossen, noch ist eine Resolution im Sinne desselben angenommen worden; selbst Herr Kromm hat nichts, garnichts dazu gesagt, er weiß recht gut, daß die Hamburger Tischlermeister den freien Hilfsklassen den Vorzug geben, sie brauchen keine Beiträge für ihre Gesellen bezahlen, haben keine Scherereien mit den Behörden wegen An- und Abmeldung und brauchen auch nicht zu befürchten, mit Strafmandaten bedacht zu werden; ihnen kann die Selbstverwaltung der Innungskassen gestohlen werden, so wenig Werth legen sie darauf, wenigstens der größte Theil der Hamburger Tischlermeister. Im Uebrigen scheint die Selbstverwaltung der Innungskassen die Herren nur dann zu interessieren, wenn die Gesellen nichts zu sagen haben sollen, wie das in einer Kölner Innungskrankentassenversammlung am 19. Juni d. J. der Fall war.

Bezüglich der im nächsten Jahre in Kiel stattfindenden Provinzial-Gewerbe- und Industrieausstellung wurde ein Beschluß in Bezug auf die Beschickung derselben seitens der Innungen nicht gefaßt und dürfte nach der Aeußerung des Südböcker Delegirten, „daß dem Kleinhandwerker nie ein ersprießlicher Nutzen aus der Beschickung von Ausstellungen erwachse“, auch auf große Theilnahme nicht zu rechnen sein.

Ein weiterer Punkt, „Die Lehrlingsheime“, nahm einen breiten Raum der Diskussion ein. Man ist nach dem Referate des uns bekannten Tischlermeisters Lafrenz - Kiel versucht zu glauben, daß man unter den Lehrlingsheimen eine Präparationsanstalt für alles Mögliche eher, als einem Lehrlingsheim zu verhehlen habe. Unter den verschiedenen Vorträgen, die Lehrlingen Sonntags Nachmittags im Innungshaus von Lehrern gehalten wurden, befanden sich u. A. auch folgende: Ein Lebensbild Gustav Adolfs; Die Entwicklung unserer Marine; Die Geschichte der deutschen Kaiserwürde; Erinnerungen aus dem Kriegsjahre 1864; Die Erhebung Schleswig-Holsteins. Wenn der Referent glaubt, daß die Lehrlinge an dieser edlen Unterhaltung Geschmack gewonnen und vor manchen Verirrungen bewahrt bleiben“, so dürfte ihn die Zukunft eines Anderen belehren. Daß Lehrlinge darunter sind, die für ihren Beruf mehr Interesse haben, als theils mordspatriotische Vorträge anzuhören, beweist, daß Maschinenbaulehrlinge nach technischen Werken Nachfrage gehalten haben, die allerdings nicht da sind, dagegen „Gartenlaube“, „Illustrirte Welt“, „Buch für Alle“, „Daheim“, „Jugendfreund“, „Schachspiele, Festungsspiele, Dame, Mühle, Puff, Domino, Galma und Reisespiele vorhanden waren. Daß Delegirte sich gegen die Errichtung von Lehrlingsheimen seitens der Innungen erklärt und auch gegen das zuviel „Religiöse“ und „Kirchliche“ opponirt haben, geht aus den Aeußerungen des frommen Tischlermeisters Köhrig aus Altona hervor, der sich gegen die Opposition vermahnt: „Die Religion sei doch immer die Quelle aller Sittlichkeit und Moral, er sei auch im Jünglingsverein groß geworden und mit den Lehrlingsheimen wolle man doch nichts Anderes bezwecken!“ Also: Anstalt für Heuchler und Nordspatrioten! Das ist Alles.

Wir vertrauen dem gesunden Geiste der sozialdemokratisch gesinnten Väter der Kieler Lehrlinge, nachdem ihnen die Tendenz der Lehrlingsheime bekannt ist, daß sie ihre Söhne aus denselben fernhalten und nicht dulden werden, daß ihnen der gesunde Menschenverstand mit überhand religiösem und mordspatriotischem Wust verkleistert wird.

Bei dem Punkt „Ausstellung von Lehrlingsarbeiten und Prämürung derselben“ über welchen Hinz-Kiel referirt, wird mitgetheilt, daß die Regierung zur Förderung derselben M. 500 zur Verfügung gestellt habe, da man aber verschiedener Streifigkeiten wegen in den Innungen, für die Folge von Prämürungen absehen will, schlägt Kromm vor, sie zu einem anderen Zweck zu verwenden. Hierauf wird der gewählte Delegirte für den Dresdener Innungstag verpflichtet, dafür einzutreten, daß der Günther'schen Tischlerzeitung event. Fachblättern verboten werde, Submissionsanzeigen auf anderen Blättern zu übernehmen, damit den heimischen Meistern keine Konkurrenz gemacht wird.

Wie nöthig es die schleswig-holsteinischen Innungen haben, bei der Regierung betteln zu gehen, zeigt folgende Abrechnung:

Einnahme	M. 379,90
Ausgabe	316,53
Reicht Bestand	M. 66,37
Dazu Kassenbestand vom Jahre 1894	14,39
Kassenbestand	M. 70,76

Der Haushaltsplan für 1895/96 beträgt in Einnahme M. 334 in Ausgabe M. 344.

Und eine Korporation von 960 Mitgliedern mit einem Vermögen von M. 70,76, was pro Mitglied ungefähr drei Viertel Pfennig ausmacht, glaubt berechtigt zu sein, sich zu den künftigen Staatsbürgen zählen zu können, und vom Staate allerhand Geseze und Privilegien zu verlangen zum Schaden Derer, die ihnen drei Kafenlängen voraus sind, und zur Verdrümmung Derer, denen sie allris ihre Existenz zu verdanken haben. Wie traurig es mit der Pflichterfüllung der Innungsmitglieder steht, was auch zugleich ein Beleg für das „große“ Interesse an der ganzen Innungsbewegung ist, möge folgende Erklärung des Vorstehenden des Bundes der Bezirksinnungen, Bän n i g s - A l t o n a, be- weisen, als er dringend bat, von einer Wiederwahl seiner Person abzusehen. Auf wiederholtes Drängen begründete er die Ablehnung damit, „daß es ihm sowohl wie dem Kaiserreich peinlich sei, der Verwaltung einer Korporation vorstehen zu sollen, deren

Mitglieder in der Zahlung der Beiträge so faunfelig sind, wie er schon im Vorjahre betont habe; nur wenn die Beiträge bis Ende August entrichtet sein müßten, würde er eine Wiederwahl zunächst auf ein Jahr annehmen.“ Dies Berprechen wurde gegeben, ob es gehalten wird, ist eine Frage, die sich im nächsten Jahre in *S t e n s b u r g* beantworten wird.

Mögen unsere Kollegen in Schleswig-Holstein auf der Hut sein, so ohnmächtig die Zunungen ihrem Klassenbestande nach scheinen und so verhältnißlich ihre Stellungnahme den Gesellen gegenüber auch zu sein scheint, so ist dem Frieden doch nicht zu trauen. Wie wir in einem Parteiblatt lesen, haben die *Z u n u n g s m e i s t e r* in *H e i d e l b e r g* über ihre Gesellen zirkulieren lassen, um selbige für die Forderungen im Sommer auszuhungern. Also Achtung! Thue Jeder seine Pflicht.

Zur Aussperrung der Piassava-Zurichter der Firma Steidtmann u. Nagel in Hamburg.

Wie schon in voriger Nummer kurz mitgeteilt, wurden von obiger Firma am 28. August acht Arbeiter entlassen, weil sie sich mit einer Akkordpreidreduzierung von 10-65 pSt. nicht einverstanden erklärten. Die Reduzierung betrifft vornämlich Akkordsätze auf Abfälle, jedoch sind auch für Zurichter, und zwar der gangbarsten Sorte, 10 pSt. abgezogen. Schon am 21. August theilte die Firma den Arbeitern mit, daß die alten Akkordsätze vom Frühjahr dieses Jahres nicht mehr gültig seien. Als Antwort der Firma auf die Weigerung der Arbeiter, für den ihnen eingehändigten Tarif nicht arbeiten zu wollen, erfolgte eine weitere Herabsetzung der Lohnsätze des in dem ihnen vor einigen Tagen behändigten Lohn tariffs, welchem gegenüber die Arbeiter darauf bestanden, nur für den alten Lohn- resp. Akkordsatz arbeiten zu wollen, worauf die Entlassung, erfolgte mit der Bemerkung, daß die Arbeiter am nächsten Tage, falls sie den neuen Lohn tarif unterschrieben, weiter arbeiten könnten. Daß sich in Anbetracht der ungeheuren Reduzierung Niemand fand, der weiter arbeiten wollte, brauchen wir wohl kaum zu erwähnen.

Unter den acht Aussperrten befinden sich drei Verheiratete mit vier Kindern. Die Lage ist bis jetzt noch unverändert. Ein in Halle von dem daselbst sich auf der Reise befindenden Prinzipal gelapert Arbeiter erklärte sich, als er den Sachverhalt hier erfährt, mit den Aussperrten solidarisch. In einer am Sonnabend, den 7. September, stattgefundenen Sektionsversammlung wurde auf eine Erwiderung der Firma Steidtmann und Nagel im „Hamburger Echo“ des Näheren eingegangen.

Wenn die Firma behauptet, daß sie zu dem Abzuge der Konkurrenz wegen gezwungen sei, so erscheine das wenig glaubhaft und geradezu unbegründet, da die Konkurrenz noch *M. 3* pro Kilogramm mehr bezahlt, als die Herren bis jetzt bezahlt haben. Auch mit den hohen Löhnen, welche die Arbeiter angeblich verdienen, verhält es sich wesentlich anders. Freilich hatten einzelne ganz vorzüglich tüchtige Arbeiter, die schon fünf bis sechs Jahre nur ein und dieselbe Arbeit machen, *M. 28* verdient, der Verdienst der meisten Arbeiter betrug aber höchstens *M. 16-18*, viele von ihnen haben pro Woche nur *M. 12* verdient. Würden die Arbeiter auf die Lohnreduzierung eingehen, dürfte der Anfall *M. 3-4* betragen, so daß der Verdienst bei der schweren Arbeit und zehnstündiger Arbeitszeit nur *M. 12* bis *16* betrage, und ein solcher Verdienst reicht in Hamburg nicht aus, um das Nothwendigste zum Leben anzuschaffen. Ein Aussperrter führte Klage darüber, daß die von der Lokalbewehrung gezahlte Unterstützung, *M. 8* für Lebige und *M. 10* für Verheiratete, zu niedrig sei; nach der Erklärung eines Vertreters der Bewehrung waren aber sämtliche Aussperrte mit der festgesetzten Unterstützung einverstanden. Ein Antrag, wenn die Unterhandlung mit der Firma, die am Montag, den 9. September stattfindet würde, scheitern sollte, Sammelbriefe anzugeben, die nur unter den Kollegen zirkulieren sollen, wurde darauf abgewiesen.

Wenn der Bezug streng ferngehalten wird, dürfte die Firma sich bald zu einer Einigung herbeilassen.

Bemerken wollen wir noch, daß die letzte Mitgliederversammlung der hiesigen Zunftbes. *M. 1* Entschlossen ist vier Klassen à 25 Flg. pro Woche zu erheben, um die Aussperrten finanziell unterstützen zu können.

Wie uns jedoch noch mitgeteilt wird, hat die am Montag stattgefundene Unterhandlung mit der Firma zu keinem Resultat geführt, demnach wäre der oben erwähnte Antrag der Sektionsversammlung zur Ausführung zu bringen. Wir können nicht umhin, gegen diese Art Beschläge zu protestieren, d. h. soweit die gesammelten Gelder etwa zur Erhöhung der Unterstützung dienen sollen. Die Mitgliederversammlung beschloß, einen Entschluß zu fassen, und gab zugleich ihre Zustimmung, daß die Bewehrung die Unterstützung regeln solle. Dies ist geschähen, und zwar wie aus der Erklärung des Vertreters der Bewehrung hervorgeht, unter Berücksichtigung der momentanen unzulänglichen Mittel; welches ihr reichlicher Mittel zur Verfügung stehen, so wird sie die von einem Aussperrten gethane Anweisung der zu niedrigen Unterstützung gemäß berücksichtigen; daß dafür hat eine Erhöhung derselben durch Sektionsversammlungen nicht stattgefunden. Alle gesammelten Gelder sind der Bewehrung zugewiesen und diese hat den Beschlägen gemäß zu verfahren. Im Uebrigen halten wir es durchaus gerathen, wenn die ledigen Kollegen, soweit ihr Verbleiben am Orte nicht unumgänglich erforderlich ist, abreisen. Des Sonntags ist durchaus

nöthig, daß die lässigen Kollegen sich der Organisation anschließen, und diejenigen, welche Mitglied derselben sind, ihren Verpflichtungen nachkommen, dann wird der Sieg um so sicherer sein.

Sozialpolitische Rundschau.

Mintrarbeit liefert die „Günther'sche Tischlerzeitung“ in ihrer Nr. 31, die uns erst heute Umstände halber zu Gesicht kommt. In einem Artikel, überschrieben: „Die Gewerbegerichte“, bedauert sie, daß nicht auch bei Objekten unter *M. 100* die Berufung an die ordentlichen Gerichte zulässig sei. Wenn sie auch zugeben will, daß die Berufung bei Objekten unter *M. 100* im Interesse einer schnelleren Rechtsprechung festgelegt sei und so großer Werth auf die Schnelligkeit auch zu legen sei, so müßte doch die Wahrung der Rechtssicherheit oberstes Prinzip bleiben, und diese leide ohne Frage bei der gedachten Beschränkung. Wörtlich heißt es dann weiter: „Es ist eine bedauerliche Thatsache, daß parteipolitische Tendenzen in diese Rechtsprechung hineingetragen sind — von welcher Seite braucht nicht erst gesagt zu werden. Dadurch ist die Absicht, welche den Gesetzgeber bei der Zusammenfassung der Schiedsgerichte geleitet hat, vereitelt. Die objektive Gerechtigkeit des Urtheils wird dadurch sehr beeinträchtigt, und der Vorstehende ist oft außer Stande, dem gebeugten Recht gegenüber der durch den Parteigeist entfallenden Voreingenommenheit der Beisitzer Geltung zu verschaffen. Der sozialwirtschaftliche Nutzen der Institution an sich, der nicht in Abrede gestellt werden soll, kann erst dann zum richtigen Ausdruck gelangen, wenn der etwaigen Rechtsbeugung ein Kiegel vorgehoben wird durch die allgemeine Zulassung der Berufung an die ordentlichen Richter.“ Daraus geht deutlich genug hervor, daß man in Arbeitgebertreuen, deren Sprachrohr die obige Zeitung ist, nichts weniger anstrebt, als den sozialpolitischen Werth der Gewerbegerichte herabzusetzen. Dieser besteht nicht allein nur darin, daß das Gericht zu gleichen Theilen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzt, sondern das Klageverfahren möglichst schnelle Erledigung findet.

Sobald aber die Berufung für alle Objekte eingeführt wird, ist die schnelle Erledigung der Klagen in Frage gestellt und damit der Werth der Gerichte illusorisch gemacht. Auf die offensichtlichen, unqualifizierten, von der Hünstlerpresse schon gewöhnlichen Verleumdungen, daß infolge einer Parteinahme seitens der Arbeitnehmervertreter das Recht gebeugt werde, verlohnt es sich nicht einzugehen. Gegenüber den Urtheilen von Gerichtsvorstehenden, ja selbst Gemeindevorstehern, welche die Unparteilichkeit und Sachlichkeit der Arbeitnehmervertreter anerkennend hervorheben, fällt das Geschwafel des Hünstlerblattes nicht in's Gewicht; wir können deshalb mit gutem Gewissen darüber hinweggehen. Wenn die „Günther'sche Tischlerzeitung“ weiter meint, daß die Gewerbegerichte, wie statistisch nachgewiesen, zumeist von den Arbeitnehmern in Anspruch genommen werden, so stimmt das, und kann auch garnicht anders sein, da sie im Verhältniß zu den Arbeitgebern eine bedeutend größere Zahl repräsentieren, und zum Andern, eben so viel von den Arbeitgebern um ihren verdienten Lohn bemgelt oder unrechtmäßig auf's Pfahler gesetzt werden. Daß die Arbeiter aber die Gewerbegerichte als eine Art Parteidomäne betrachten, ist eine eben so große Unwahrheit, als es ein Beweis für thätigliche Verleumdung der Umstände selbst ist. Zu solch einem Urtheil kann nur kommen, wer von vornherein gegen die Institution eingenommen und sie seit ihrem Bestehen mit scheelen Augen angesehen hat, wie das bei den Zunungsmeistern der Fall war. Wir haben die innerliche Ueberzeugung, daß die Zunungsmeister und deren Sprachrohre so lange schweigen werden, bis man ihrem innersten Herzenswunsche, der Beschränkung der Befugnisse der Gewerbegerichte entgegenzukommen verspricht, und werden auch, um diesen Zweck zu erreichen, in der Wahl der Mittel nicht wählerisch sein. Nach dem bei ihnen beliebt gewordenen Grundsatz: „Berleumde lügen, es bleibt doch etwas hängen“, werden sie weiter minimieren, die Stützen von Thron und Altar, mit welchem Erfolge jedoch, das wird von der Stellungnahme der gesammten Arbeitererschaft gegen die reaktionären Bestrebungen der Zunungsbrüder abhängen. Die Arbeiter sollen sie gerümpelt finden.

Der 14. deutsche Drechslerstag in Meissen bietet, für uns wenig Neues. Dieselben Klagen, die wir auf allen Handwerkertagen schon hörten, sind auch hier angebracht worden. Obermeister Meyer-Berlin tadelt, daß die auf der Handwerker-Konferenz ausgesprochenen Meinungen nicht berücksichtigt worden seien; bei einer solchen Behandlung der Handwerkerinteressen lohne es kaum noch, Verhandlungen abzuhalten. Zur Abwechslung hätte er darauf gedrungen, daß der Drechslerstag in Sachsen abgehalten werde, da dessen Herrscher dem Handwerk große Sympathie entgegenbringe. Als ob die Herrscher darin nicht alle gleich wären; aber auch gleich einflusslos auf die Gestaltung der Handwerkerfrage. Wenn Herr Meyer darüber klagt, daß die Zunungen jetzt schon vom Verbaute abfallen, weil nichts für das Handwerk geschähe, so finden wir das begreiflich; die reaktionären unabhängigen Forderungen werden dem Handwerk kaum bewilligt werden, und es wäre ein wahres Glück für dasselbe, wenn es nicht geschähe, und weil ein großer Theil einseitiger Handwerker das bereits eingesehen hat, deshalb pfeifen sie auf den Zunungsstammel. So optimistisch, wie Herr Regener-Berlin sich die Sache ansieht, ist es denn doch nicht. Wenn die Regierung den Handwerkern auch Rechnung tragen dürfte, so that sie es nicht darum, Herr Regener, weil sie ohne die Handwerker verloren sein würde, sondern um dem einzigen Ansehen und Gewinne der Zunungsmeisterlichen Schächer ein Ende zu machen. Daß von Oben herab Anordnungen in den hohen Personifikationen angewandt werden dürfen oder müssen, der Organisation des Handwerks wegen, ist auch so eine Nachbetrachtung der Zunungsmeister, die gar keinen realen Untergrund hat. Wenn schon Herr v. Rottenburg hinabgekommen worden ist, so bleibt doch zu bedenken, daß er noch lange nicht die einflussreichste Person als Gegner des Handwerks war, und glaubt Herr Regener, daß Herr v. Bötticher den anderwärts Schächer zu Gefallen werde über die Dinge zu bringen müssen, da dürfte er sich doch ganz genollt irren. Wenn nicht von anderer Seite eine Erleichterung gemacht wird, die Zunungsmeister braucht Herr v. Bötticher wahrscheinlich nicht zu fürchten. Darum wird auch die Fortsetzung beim Sachsenstag nichts ändern können, da dieser die Personen, welche den Handwerkerforderungen entgegenstehen, erst nicht beseitigen kann, trotz der hohen Bundesgewalt, wie Scharnhorst-

Meissen sich selbstgefällig einzubilden scheint. Daß die sächsische Regierung ihr Möglichstes für den Handwerkerstand thue und die verfahren Sache wieder gut zu machen suche, ist unechtlich neu; wir haben davon noch nichts erfahren. Es ist denn, daß Herr Martin die Unterstutzung der Schule für Goldbrechler und Wilschneider in Leipzig meinte, oder gar die langatmigen Reden des Herrn mit der „weißen Weste“ oder richtiger: des „Zünftlers im Geiste“ über Zwangsinne und Befähigungsnachweis gedacht hat; dann hat er freilich Recht. Der sächsische Kammerherr hat viel für das Handwerk gethabet. Wir nehmen es Herrn Obermeister Meyer wahrhaftig nicht übel und Herr v. Bötticher wahrscheinlich auch nicht, wenn er sich, nachdem er oft genug nutzlos in der Leipziger Straße gewesen, in der Herr v. Bötticher im Bundesrat 17 Stimmen vertritt, sich nun zerknirscht an die sächsische Regierung um Hilfe wendet. Wir wünschen Herrn Meyer, ob richtiger den sächsischen Handwerkern — Herr Meyer nämlich als Berliner Obermeister beim Sachsenkönig nichts verloren — die besten Erfolge. Also bis auf Weiteres.

Die letzte Rede, die der Kaiser am 2. September bei einem Festessen seiner Garde in Berlin gehalten hat, verdient, unter allen Arbeitern bekannt zu werden. Sie lautet:

Zu die hohe, große Festesfreude schlägt ein Ton hinein der wahrlich nicht dazu gehört: eine Nothe von Menschen, nicht werth, den Namen Deutscher zu tragen, wagt es, das deutsche Volk zu schmähren, wagt es, die uns geheiligte Person des allverehrten verewigten Kaisers in den Staub zu ziehen. Mög das gesammte Volk in sich die Kraft finden, diese unerhörte Angriffe zurückzuweisen! Geschieht es nicht, nun, so rufe ich Sie, um der hochverräterischen Schaar zu wehren, um einen Kampf zu führen, der uns befreit von solchen Elementen.

Wir glauben kaum, daß die gesammte Garde im Stand sein würde, diese „kleine“ Nothe von Menschen, die nach Millionen zählt, benütigen zu können, es müßten dann schon andere Mächte kommen, die Deutschland „von solchen Elementen“ zu befreien die Kraft befehen. Da das Denunziantenthum sich namentlich in letzter Zeit wieder recht breit gemacht hat, ist jedem Kollegen dringend zu rathen, vorsichtig zu sein und in Verbindung mit der obigen Rede kein Aeußerungen fallen zu lassen, die ihn zwingen könnten, mit der Staatsanwaltschaft Bekanntschaft zu machen.

Ein neues Vereinsgesetz in Sicht. Wie mehrere offizielle Blätter berichten, wird im Reichsamt des Innern zu nächst für den preussischen Landtag eine Novelle zum Vereinsgesetz ausgearbeitet, welche eine scharfe Beschränkung des Gesetzes vom 11. März 1850 enthalten soll.

Dem Vorstande der Zuschuß- und Franckfurter-Kasse der Handschuhmacher Deutschlands ist von der Polizeibehörde Preussens die Mittheilung zugegangen, daß beide Klassen beanstandet seien, da selbige Versicherungsgesellschaften im Sinne des Gesetzes seien und als solche der staatlichen Genehmigung bedürften. Das alte Lied, nur in neuer Melodie.

Die vereinigten Pinselfabriken Nürnbergs sind in der glücklichen Lage, ihren Aktionären 8 1/2 Prozent Dividende zu gewähren, wobei die Abschreibungen über die vorjährigen hinausgehen, während der Vortrag sich auf etwa *M. 30000* wie im Vorjahre stellt. Die heischungerigen Aktionäre waren nicht wie im Vorjahre mit 8 pSt. für ihre Fauslengerie zufrieden, sie schätzen dieselbe für 1895 auf 8 1/2 pSt. Selbstverständlich ist den Meistern der Wunsch der Couponabschneider Befehl und da die geschätzten 8 1/2 pSt. unbedingt herausgeschlagen werden mußten, blieb nichts anderes übrig als den Arbeitern an dem ohnehin gezahlten Spottpreisen noch Abzüge zu machen, und nun ist es uns auch erklärlich, weshalb die Nürnberger Bürsten- und Pinselfabrikanten dringen vor Zug war an. Die Dividendenjäger werden den Entbehrenlohn für das nächste Jahr auf neun Prozent eingeschätzt haben. Also Achtung, Bürstenmacher, und sorgt dafür, daß den Wehrwölfen die Rechnung verdorben wird.

Internationale Arbeiter-solidarität. Die norddeutsche Steingutfabrik-Aktiengesellschaft in Grohn-Begebad, über deren Betrieb die Sperre verhängt ist, hatte aus England 18 Arbeiter erhalten, die aber, als ihnen die Ursache der Sperre mitgeteilt wurde, erklärten, ihre deutschen Kameraden nicht belästigen und keine Streikbrecher sein zu wollen. Sie dampften unverzüglich wieder nach ihrer Heimath ab.

Laut dem Wiener Handelskammerbericht wird dem Bürstenmachergewerbe in Wien durch die Blinden- und Strafanstalten große Konkurrenz gemacht. Von dieser Seite werden nicht nur Bürsten bereits in sehr beträchtlicher Weise erzeugt und an Großkonsumenten, wie Krankenhäuser, Eisenbahnen, Tramways usw. geliefert, sondern angeblich auch ein förmlicher Handel mit nicht von Blinden fabrizierter Bürstenwaare, wie Pinsel x., betrieben, der den Vorteil genießt, von hochvermögender Seite in ganz ungeahnter Weise protegirt zu werden. Außerdem wird der hiesige Markt mit Erzeugnissen der durch billige Arbeitskräfte begünstigten mächtigen und kräftigen Hausindustrie geradezu überschwemmt, welche mit ihrer allerdingen minderen, aber wohlfeilen Waare den Absatz in ganz Oesterreich, ja sogar im Oriente nahezu vollständig an sich gerissen hat.

Ob dem Wunsche der Wiener Genossenschaft zur Besserung der Marktfrage, den Detailverkauf einzig den Selbstherzeugern vorbehalten, Rechnung getragen wird, dürfte sehr zweifelhaft sein. Angeschlossen ist aber, daß die Erzeugung in den erwähnten Zustimmen, mit Ausschluß jedes Handels, auf ihren eigenen Bedarf beschränkt und der Haupthandel der währischen und krainischen Hausindustrie abgehafft werden dürfte; man würde, wenn es für das Bürstenmachergewerbe wirklich geschähe, dann einen anderen Produktionszweig einführen, im Grunde genommen ist für das Bürstenmachergewerbe damit nichts gedankt. Sorge man durch eine vernünftige Regelung der Produktion dafür, daß Alle Arbeit haben, dann werden die Strafanstalten leer sein und die Bürstenmacher werden deren Konkurrenz nicht zu fürchten haben.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Ausschusses.

Alle den Ausschuss betreffenden Zuschriften sind bis auf Weiteres an die Adresse des Kollegen C. Koblenzer, Berlin SO., Mustauerstr. 26., v. IV, zu richten.

Verbands-Nachrichten.

Stuttgart, 7. September 1895.

Ueber den Streik der Kollegen in Eisenach sind die Mitglieder aus den letzten Nummern der „Holzarb.-Ztg.“ informiert. Selbstverständlich werden die Streikenden aus dem Zentralstreifonds unterstützt und wir ersuchen deshalb alle Kollegen, wieder freiwillige Beiträge an den Streifonds in genügendem Maße zu entrichten. Nach den letzten Nachrichten dauert der Streik unverändert fort und ist deshalb auch der Bezug von Tischlern von Eisenach fernzuhalten.

Neue Zahlstellen des Verbandes wurden in folgenden Orten errichtet: Furtwangen (Abt. Fr. Seeger, Drechsler, Badstr., bei Kaufmann Fehrenbach), Gleiwitz-Kattowitz (F. Wradach, Tischler, Friedrichstr. 46), Mühlheim a. Rhein (Fr. Koller, Wolfstr. 102), Schleuditz (Karl Voigt, Augustastr. 31).

Die Zahlstellen Benschheim und Reddinghausen sind eingegangen.

Die regelmäßigen Sitzungen des Verbandsvorstandes finden jeden Mittwoch Abend statt. Wir machen die Kollegen hierauf wiederholt mit dem dringenden Ersuchen aufmerksam, alle Mitteilungen und Anfragen, welche eine Beschlusfassung durch den Gesamtvorstand erfordern, nach Möglichkeit immer so frühzeitig abzugeben, daß sie noch bis Mittwoch Abend hier eintreffen, damit dringliche Angelegenheiten stets ohne Verzögerung erledigt werden können.

Diejenigen Verbandsmitglieder, welche diesen Herbst zum Militär einrücken müssen, wollen rechtzeitig ihre Mitgliedsbücher in Ordnung bringen, d. h. die Beiträge bis zum Abgang voll bezahlen und die Abmeldung zum Militär vom Zahlstellenassistenten eintragen und abempfehlen lassen. Einzelmitglieder haben zu diesem Zweck ihr Verbandsbuch an die Hauptkasse einzuliefern. Das Verbandsbuch ist von den Mitgliedern bis nach Beendigung der Militärzeit sorgfältig aufzubewahren und muß bei der Wiederanmeldung zum Verband vorgezeigt werden. Die Beiträge werden alsdann in dem alten Buche weiter quittiert. Nach der Entlassung vom Militär müssen sich die Kollegen sofort in der nächstgelegenen Zahlstelle melden und ihre Wiederanmeldung in das Mitgliedsbuch eintragen lassen. Sie erhalten dann ohne Weiteres eine Reiselegitimation und können Reiseunterstützung erheben.

Der Vorstand hat in letzter Zeit wiederholt die Wahrnehmung gemacht, daß in einzelnen Zahlstellen Angehörige der verschiedensten Berufe, als Kaufleute, Maurer, Schuhmacher etc., zur Aufnahme in unseren Verband zugelassen wurden, und hat daraufhin stets die Anweisung gegeben, daß dies unzulässig ist, worauf derartige Aufnahmen wiederholt rückgängig gemacht werden mußten. Die Frage: „Wer kann aufgenommen werden?“ ist im ersten Abschnitt des „Verhaltensreglements“ ausführlich beantwortet, andere als in der Holzindustrie beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen können nicht aufgenommen werden. Ebenso sind Zimmerer, Bildhauer, Korbmacher, Glaser etc. stets an ihren eigenen Verband zu verweisen und nur wenn sie diesem nicht beitreten wollen, weil sie nicht Einzelmitglieder der Hauptkasse sein mögen und zur Bildung einer eigenen Zahlstelle die Anzahl nicht ausreicht, dann erst kann schließlich die Aufnahme in unseren Verband erfolgen. Dies gilt jedoch nur für diejenigen Orte, wo eine Zahlstelle des anderen Verbandes nicht besteht. Wenn am Orte eine Zahlstelle des Zimmererverbandes oder des Zentralvereins der Bildhauer, der Korbmacher etc. vorhanden ist, so sind Angehörige dieser Berufe stets zurückzuweisen. Sie sollen sich dann ihrer eigenen Zahlstelle anschließen, weil es keinen Wert für sie haben kann, außerhalb derselben, d. h. außerhalb ihres Kollegenkreises, organisiert zu sein. Wir aber würden, wenn wir sie aufnehmen, die Uneinigkeit unterstützen, was natürlich nicht geschehen darf.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Dresden, Achtung, Tischler! Die Kollegen der Fabrik photographischer Apparate von Paul Förster (Inhaber E. Wünsche) sehen sich veranlaßt, die Kollegen Deutschlands auf Grund nachstehenden Berichts zu bitten, den Bezug nach hier zu vermeiden und uns so viel wie möglich zu unterstützen. Wie die Kollegen in Nr. 36 unserer Zeitung gelesen haben, ist die Sperrung über vorgenannte Fabrik wieder aufgehoben, weil ein gütlicher Vergleich zu Stande kam. Am Donnerstag, den 5. d. M. wurde nun ein Kollege, welcher der Kommission zur Beratung der Fabrikordnung mit angehörte, nachdem derselbe seinen Auftrag beendet, plötzlich entlassen. Auf eine Anfrage seitens des Kollegen an Förster, warum er entlassen wäre, antwortete Herr Förster, darüber keine Rechenschaft schuldig zu sein. Nachdem nun noch eine Kommission mit dem Werkführer Förster unterhandelt und forderte, den gemäßigten Kollegen wieder einzustellen, aber mit dieser Forderung schroff abgewiesen wurde, beschloßen sämtliche Kollegen, 22 an der Zahl, die Arbeit sofort niederzulegen, was auch am 6. September geschehen ist. Um nun aber auf alle Fälle eine gütliche Auseinandersetzung herbeizuführen, wurden am 7. September vier Kollegen zu dem Geschäftsinhaber, Herrn E. Wünsche, Sandlung photographischer Apparate, hier

(Filialen in Bodenbach, Leipzig und Berlin), gesandt, um mit diesem selbst eine Einigung herbeizuführen. Dieses ist aber mißlungen, da Herr Wünsche die Forderung der Kollegen, den gemäßigten Kollegen wieder einzustellen, rundweg abschlug und obendrein noch ein Kommissionsmitglied gleich hinauswies und erklärte, derselbe hätte ihn beleidigt, und trotzdem er seine Arbeit gut gemacht habe, er diesen Kollegen nicht mehr gebrauchen könne, da derselbe die Arbeiter der Fabrik nur aufwiegele. Diesem Bericht entsprechend, werden die Kollegen und wohl Recht geben, wenn wir, bauend auf das Solidaritätsgefühl der deutschen Kollegen, zum Streik geiffen haben, um den Herren in ihrem maßlosen Eigenbünkeln einen Damm entgegenzusetzen. Zu bemerken ist noch, daß 14 Mann dem Holzarbeiterverband angehören. Wir bitten, uns in diesem Kampfe durch Fernhaltung des Zuzuges, sowie materiell zu unterstützen, wo es möglich ist. Briefe und Geldsendungen sind an den Vertrauensmann der Holzarbeiter von Dresden, Oskar Döring, Materniestraße 18, II., zu richten.

Munich. Am 10. August sprach hier in einer zahlreich besuchten öffentlichen Holzarbeiterversammlung Kollege Kofkopf aus Nürnberg über Unterstützungs- oder Kampforganisation, in 1 1/2 stündigem Vortrage. Eine Resolution, die sich gegen die Arbeitslosenunterstützung ausspricht, wurde einstimmig angenommen. Nach längerer Diskussion, an der sich mehrere Redner beteiligten, ließen sich noch acht Kollegen aufnehmen. — Die reisenden Kollegen werden ersucht, nur auf der Zentralherberge, Gasthaus „Zum blauen Boot“, Stefansplatz zu verkehren, wofür selbst auch Abends 7-8 Uhr Reiseunterstützung ausbezahlt wird.

NB. Ueber dasselbe Thema sprach Kollege Kofkopf auch in München und Pasing. In beiden Versammlungen wurde die vorstehende Resolution angenommen.

Munich. Ein Eldorado für Schreiner und Parquetfußbodenleger ist eine hiesige Werkstätte (Firma Konrad Koderer). Wenn der Inhaber bisher ziemlich human war, scheint er sich, da die Arbeit zu Ende geht, plötzlich zu ändern. Als nämlich 2 Kollegen in 4 Tagen 120 Quadratmeter Parquetboden gelegt hatten, wurde ihnen gesagt, daß sie nur den gewöhnlichen Werkstattlohn von M. 15 pro Woche erhalten sollen. Beim Abpuhen des Fußbodens nun, Sonntag früh, wurde ihnen angedeutet, daß sie denselben bis Abends abzupuhlen und zu wischen hätten. Darüber empört, verließen sie um 4 Uhr die Arbeit; als sie aber um 6 Uhr ihren verdienten Lohn verlangten, wurde der älteste Kollege als Häufeldführer betrachtet und sofort entlassen. Die anderen Kollegen darüber aufgebracht, schlossen sich dem Kollegen sofort an und legten die Arbeit nieder.

Stettin. Eine öffentliche Holzarbeiterversammlung tagte am 2. September im Lokale des Genossen Hochmann in Grabow. Es sollte die Kommission von der Fabrik Rubow & Walter, welche in der vorigen Versammlung gewählt war, Bericht erstatten, aber leider waren nicht einmal die Herren der Kommission anwesend. Es waren im ganzen fünf Kollegen dieser Fabrik anwesend, zwei von der Kommission, trotzdem die Kollegen extra zu dieser Versammlung eingeladen waren, aber der Sebanrummel ging ja vor Alles. Es wäre doch einmal die höchste Zeit, daß die Kollegen aus ihrem Schlafe erwachten und zeigen würden, daß sie wirklich gewillt sind, ihre traurige Lage zu verbessern, und sich nicht nur immer auf Andere verlassen. Die beiden Kollegen von der Kommission konnten keine großen Erfolge berichten, indem der Hauptpunkt von der Fabrikleitung nicht anerkannt wurde. Nämlich: daß der Stundenlohn gesichert wird, da bei Affordarbeiten der Arbeiter mit dem Preis nicht auskommt. Im zweiten Punkt: Diskussion und weitere Beschlüsse, wurde verschiedene Ansichten zu Tage gebracht und wurde folgender Antrag angenommen: Die Zahlstellen Grabow, Drebow und Stettin werden beauftragt, eine Arbeitsordnung auszuarbeiten, die der Fabrikleitung durch die Kommission vorzulegen, dann spätestens in drei Wochen eine Versammlung einzuberufen, wo die weiteren Beschlüsse gefaßt werden. Sollte keine Einigung erzielt werden, so soll sofort die Sperrung über die betreffende Fabrik verhängt werden. Die Zahlstelle Grabow wird beauftragt, sich mehr mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Im „Verschiedenen“ wurden noch zwei andere Werkstätten kritisiert, wo augenblicklich eine übermäßig lange Arbeitszeit herrscht, welches von den Kollegen aber verschwiegen wird. Zum Schluß wurden die Kollegen noch ernsthaft aufgefordert, die Versammlungen besser zu besuchen und dafür zu agitieren, daß jeder hier arbeitende Kollege Mitglied des Deutschen Holzarbeiterverbandes wird.

Beine. Am Mittwoch, den 4. September, wurde im Rautschen Lokale eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung abgehalten, in welcher Kollege Laroow aus Hannover über die Entwidlung der Technik als Ursache der wirtschaftlichen Revolution sprach. Redner entledigte sich seiner Aufgabe zur Zufriedenheit aller Anwesenden. Es schloß sich hieran eine rege Diskussion. Alle Beteiligten sprachen sich im Sinne des Referenten aus und forderten zum kräftigen Zusammenschluß in der Organisation auf, indem nur auf diesem Wege eine Verbesserung eines jeden Einzelnen herbeizuführen werden kann. Aus der Bekanntgabe der Unterhandlungen der Holzarbeiter mit ihren Arbeitgebern betreffs Abschaffung von Kost und Logis ergab sich, daß die Arbeit keine vergebliche und das Resultat, wenn auch noch einige kleine Krücker sich damit noch nicht einverstanden erklärten, ein gutes zu nennen ist. Eine besondere Würdigung erfuhr die Handlungsweise des Stettinmachersmeister Brand, der sich nicht scheut, Eristalgeber in größeren Beträgen, welche für seine Arbeiter bestimmt sind, selbst einzuzuführen und über dessen Werkstatt die Sperrung verhängt ist. Scharf kritisiert wurde das passive Verhalten der Kollegen der Hammerischen Werkstatt. Sie sind die einzigen, welche dem Verbandsaufruf nicht angehören und nicht einsehen, daß es ehrenvoller und zweckmäßiger wäre, mit ihren Kollegen gemeinsam zu kämpfen. Was ist aber Schuld an ihrem Fernbleiben? Der eine Kollege traut dem anderen nicht, oder richtiger fürchtet, daß ein anderer seine Mitgliedschaft dem Verbands verraten könnte, was die Entlassung aus der Arbeit zur Folge haben könnte. Daß dies Verhalten nur dem Arbeitgeber zu Gute kommen muß, die Löhne und Affordpreise zu reduzieren, das Treuer- und Schmarotzerthum zu fördern, anstatt es zu bekämpfen und auszumergen, muß dem Willkürlichen einleuchten. Es ist Pflicht jedes Kollegen, sich unserem Verbands anzuschließen, mitzukämpfen für Errichtung besserer Lebensbedingungen, mitzukämpfen gegen solche Elemente, die

uns durch Handlungen in unserem Bestreben hemmen wollen. Der Bezug ist nach wie vor von allen Gewerben des Holzarbeiterverbandes fernzuhalten, indem wir auch noch mit unsicheren Kantionisten zu rechnen haben. Das Umschauen ist strengstens zu meiden. Wir haben einen geregelten Arbeitsnachweis eingerichtet, welcher den Meistern brieflich bekannt gegeben ist, und wird für den Bedarf von Arbeitsträften gesorgt.

Am d. Redaktion: Das an dieser Stelle Mitgetheilte haben wir gestrichen, weil sich der Arbeitgeber streng genommen im Rechte befand. Es ist zwar Brauch, daß die Kündigungsfrist bei Arbeitgebern, bei denen man in Kost und Logis ist, immer dann abgelaufen ist, wenn für gewöhnlich der Lohn gezahlt wird, und das ist in der Regel Sonntag Mittag. Die meisten Arbeitgeber gestatten das Verbleiben in der Behausung bis zum Montag früh. Umstände ändern aber die Sache. Erfolgte die Kündigung z. B. am Dienstag oder Mittwoch, ganz gleich von welcher Seite, so kann einerseits der Arbeitgeber nicht verlangen, daß der Arbeiter am Sonnabend oder Sonntag Mittag, also drei Tage vor der abgelaufenen Frist, aufhören soll, noch kann der Arbeiter willkürlich früher die Arbeit verlassen, es sei denn, daß man sich beiderseitig einigt; und eine solche Einigung ist in der Regel dann ausgeschlossen, wenn die Kündigung in einem erregten Momente geschieht, und daher Niemand von seinem Rechtsstandpunkte abweichen will. Dies scheint auch in unserem Falle so gewesen zu sein. Mehrere Gewerbegerichte haben entschieden, daß die Kündigung zu jeder Stunde des Tages geschehen, also auch die Entlassung aus der Arbeit, resp. Verlassen der Arbeit nach Ablauf der Kündigungsfrist zur selben Stunde erfolgen kann. Was unseren Kollegen daher oft genug in einem Falle recht ist, muß ihnen auch in anderen Fälle billig sein. § 122 der Gewerbeordnung spricht nur von 14tägiger Kündigung und gleichen Kündigungsfristen, nicht aber davon, wann diese zu erfolgen haben.

An die Zahlstellen Schlesiens und der Lausitz.

Da bis jetzt erst vier Zahlstellen ihre Delegierten zu dem am 22. September, früh 10 Uhr, in Liegnitz, im „Gasthof zu den drei Bergen“, zusammentretenden Zahlstellenkonferenz angemeldet haben, so werden die übrigen Zahlstellen ersucht, recht bald dem Aufruf in Nr. 33 unserer Zeitung nachzukommen und die Delegierten dem Unterzeichneten anzumelden.

J. A. S. Merker, Liegnitz, Nikolaistr. 2, IV.

Eingefandt.

Dunzlau, Anfang September 1895.

Daß die Organisation hier keine Fortschritte macht, ist durchaus nicht zu verwundern, wenn sich die Kollegen um alles Andere mehr, als um ihre eigenen Interessen kümmern.

Was soll man dazu sagen, wenn sich am Sebanrummel und dem zu diesem arrangierten Festzuge auch Verbandskollegen theilnehmen? Sogar Mitglieder der Lokalbewegung haben Zahlen angefertigt, um im Zuge die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken und bei den Arbeitgebern sich einen guten Namen zu machen; bei denselben Arbeitgebern, die noch vor kurzem gewillt waren, die heute patriotisch sich gebenden Lokalverwaltungsmitglieder der hiesigen Zahlstelle, sowie die Mitglieder überhaupt auszusperren, wenn sie nicht aus ihrer Organisation austreten würden. Scham über die Charakterlosigkeit solcher Mitglieder, die sich trotzdem bemühen, bei denselben Meistern durch freiwillige Theilnahme an einem patriotischen Zuge Wohlgefallen zu erlangen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Orte sind so tief traurig, daß wahrlich jeder einzelne Kollege Ursache hätte, seine ganze Kraft, sein ganzes Können und Wollen dafür einzusetzen, um die große Masse der uns fernstehenden heranzuziehen, um unsere Lage verbessern zu können. Wenn aber die Leiter einer Arbeiterorganisation sich dazu hergeben, an einer Feier theilzunehmen, die einen vor 25 Jahren stattgehabten Völkern- und Bruderkrieg, in welchem Abertausende brave Arbeiter ihr Leben anhängen, verherrlichen soll, was sollen dann die Indifferenten für einen Begriff von dem Ziele und Zwecke des Holzarbeiterverbandes bekommen?

Emil Kahl. Albert Kalisch.

Düsseldorf, 2. September 1895.

In der „Holzarbeiter-Zeitung“ wurde öfters Klage geführt, daß die reisenden Kollegen die Herbergen „zur Heimath“ und sogenannten christlichen Herbergen mehr besuchen, die Verbandsherbergen dagegen meiden, dies ist thatsächlich der Fall, wie Einsender dieses vergangenen Winter auf seiner Durchreise in vielen größeren Städten Rheinlands und Westfalens erfahren. Es hat seinen Grund darin, daß die Verbandslokale meist noble Restaurants ohne Fremdenzuber sind, wo sich der fremde mittellose Kollege nicht heimisch fühlt, da die Stammgäste des Lokals, welche um ihn herum sitzen, sich momentan in besseren Verhältnissen befinden; ich habe gesehen, wie mittellose Kollegen vom Kellner die Speisekarte präsentiert wurde, mit dem Bemerkten, sich Abendbrot auszusuchen! Welche Unkenntnis der Verhältnisse! Um dem fortwährenden Fragen: „Was Bier gefällig?“ usw. aus dem Wege zu gehen, begiebt sich der mittellose Verbandskollege, nachdem er seine paar Pfennige Reiseunterstützung erhalten, nach der „Heimath“, wo er im Kreise anderer Leidensgefährten Stundenlang ungehört sitzen darf, ohne etwas zu verzehren.

J. Lauger, Tischler, Elisabethstr. 35.

Pirmasens, den 4. September 1895.

In Nr. 35 werden die Mißstände in dem auf der Konferenz in Rastatt vertretenen Zahlstellen gerügt, was wir vollkommen billigen, weil die Kollegen sich zu wenig um ihre schlechte Lage kümmern und nicht zur Besserung beitragen wollen. Wenn seitens des Comités aber Klage geführt wird darüber, daß so wenig Gelder eingefandt werden, so bemerken wir, daß die Zahlstellen ihrer Pflicht besser nachkommen würden, wenn sie seitens des Comités mehr Entgegenkommen fänden. So wurde uns zu einer im Rai einberufenen Holzarbeiterversammlung der Genosse Breitling aus Mannheim als Referent angefragt, derselbe kam aber nicht. Nur dem Umstande, daß in der hiesigen dort besuchten Versammlung einige Genossen anwesend waren, die über gewerkschaftliche Fragen zu referieren im Stande und auch gern dazu bereit waren, ist es zu danken, daß wir die Anwesenden zusammenhielten. Durch derartige Vorkommnisse werden die Zahlstellen nicht vorwärts kommen, und dies geb

Gewerkschaftliches.

Die deutschen Gewerkschaften 1894. Die General-Kommission der deutschen Gewerkschaften veröffentlichte dieser Tage die statistische Uebersicht über die Stärke und Leistungsfähigkeit der deutschen Gewerkschaften.

Die Urabstimmung des Unterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter über die Lösung des Verhältnisses zur Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und über die Zahlung des Beitragsrestes an die Generalkommission ist vollzogen worden.

Der Unterstützungsverein der Kupferschmiede Deutschlands nahm 1894 an Beiträgen M. 28988,50, an Eintrittsgeld M. 4611,70, an sonstigen Einnahmen M. 204,73 und an Abonnements und Inseraten des Vereinsorgans M. 657,43 ein.

Der Hirsch-Dunker'sche Gewerbeverein der Tischler wird an Stelle seines bisherigen Organs „Das Protokoll“, welches alle drei Wochen erschien, ein wöchentlich erscheinendes unter dem Namen „Eiche“ herausgegeben.

Wenngleich sie darauf hinweist, daß sie nicht auf die Mitgliederabstimmung, die in dieser Frage noch vorgenommen wird, einwirken will, so kann sie doch nicht umhin, zu bemerken, daß die Tischler jetzt auf je 100 Mitglieder 30 Exemplare erhalten, wohingegen dann (nach Gründung) jeder Ortsverein der Tischler nur noch 4 Exemplare des Verhandlungsorgans „Der Gewerbeverein“ erhält.

Der vom Schmöllner Knopfabrikerstand her bekannte Generalratsbeamte, Tischler Bahle, wird als Redakteur des neuen Blattes fungieren. Wenn er sich in puncto der geistigen Leitung der „Eiche“ ebenso tüchtig erweist, wie er seine Fähigkeit beim Schmöllner Ausstand als Kommandeur bewiesen hat, dann werden die Leser nicht viel mehr als Ja und Amen zu Allem, was er ihnen auftrifft, zu sagen haben.

Technisches.

Guter mattschwarzer Lack. Man nehme 13 Theile Schellack, 10 Theile Salmiakgeist, 1-2 Salmiak, 1/2 Theil Potasche, 1-2 Branntweingeist, 1/4-1 Theil Riechöl, 1/4 Essigsäure, 1/4 Kupfervitriol und 75 Theile Wasser werden zusammengekocht.

Wasserbeständiger Leim. Man erhält einen der Einwirkung des Wassers längere Zeit widerstehenden Leim, wenn man 6 Theile Sandaral mit 100 Theile Alkohol und 6 Theile Terpentinöl mischt, in einem Kolben zum Sieden erhitzt und so viel von einer aus gleichen Theilen Leim und Hausenblase durch Behandeln mit warmem Wasser hergestellten Flüssigkeit zusetzt, daß ein dünner Brei, der sich durch ein Tuch setzen läßt, entsteht.

Abrechnung der Central-Verwaltung und Sterbefälle deutscher Nordmacher, Eingetragene M. 98, Zeit. (Für das 2. Quartal 1895.)

Main financial table with columns: Name der Verwaltungsstelle, Mitgliedszahl, Beiträge (I-IV), Ausgaben (Kassenbest., Hauptk., Einnahme, etc.), and various other financial metrics.

Die Herren Kassenbestände und Kassierer werden hierdurch aufgefordert, spätestens bis zum 15. des ersten Monats im neuen Quartal die Abrechnung fertigzustellen und an Unterzeichneten einreichen zu wollen.

Die Einnahme pro 2. Quartal 1895 beträgt... M. 3547,-- Dazu Kassenbestand vom 1. Quartal... M. 7480,09 Summa... M. 10927,09

Die Ausgabe pro 2. Quartal 1895 beträgt... M. 4899,42 Bleibt Kassenbestand am Schluß des 2. Quartals M. 6027,67

Die Abrechnung der Central-Verwaltung. Eine Liste zur Unterbringung von Schriften... M. 1,25 Ein Telegramm nach Nürnberg... M. 1,85

Literarisches.

Der „Sozialdemokrat“, Zentral-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW, Dentschstraße 3).

Die Nr. 36 vom 5. September hat folgenden Inhalt: Wochenchau. — Einige neue Vorschläge zum Agrarprogramm. — Die finanzielle Lage der englischen Gewerkschaften. — Herr von Kottenburg und die Künstler. — Zum Essener Meineidsprozess. — Ueber die Bewegung für das Stimmrecht der Frauen in England. — Die rumänische Sozialdemokratie und die jüdischen Arbeiter. — Parteinachrichten. — Wie man uns behandelt. — Todtenliste.

Versammlungsstimmen zum Agrarprogramm. — Lohnbewegung und Streiks in der Schweiz seit 1860. — Gewerkschaftliches. — Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. B. Dieck's Verlag) ist jeben das 49. Heft des 13. Jahrgangs erschienen.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der Essener Meineidsprozess. — Ueber Ludwig Anzengruber. (Schluß.) — Großlandwirtschaft oder Kleinlandwirtschaft. Von Eduard Adler. — Auch ein Jubiläum. — Josef Diehgen. Ein Abriß seines Lebens von Eugen Diehgen. — Literarische Rundschau. — Notizen: Zur Geschichte der Petroleum-Industrie. — Feuilleton: Germinie Lacerteux. Von Edmond und Jules de Goncourt. Einzige autorisirte Uebersetzung von Emma Adler. (Fortsetzung.)

Bei Wörlein u. Co. in Nürnberg erschien jeben: Konjunktionsgenossenschaft und Sozialdemokratie. Von Frau

Ubele Gerhard. Berlin. Die 3 Bogen starke Broschüre kostet 25 M. Die Verfasserin sagt im Vorwort ihrer Schrift: „Anregung zu der nachfolgenden kleinen Arbeit gaben die mündlichen Diskussionen und die Debatten in der Parteipresse, die sich in Berlin an einem im vergangenen Winter im Fachverein der Schneider gehaltenen Vortrag über englisches Genossenschaftswesen schlossen. Der warme Eifer, mit dem damals für und gegen die Konjunktionsvereine gekämpft ward, bewies mir, daß die Frage, mit der ich mich längere Zeit theoretisch beschäftigt hatte, auch in weiteren sozialistischen Kreisen auf's Neue Interesse zu erwecken beginnt — eine Auffassung, in der mich Unterhaltungen privater Natur bestärkten. Es erschien mir daher wünschenswerth, wenigstens einen flüchtigen Umriß dessen zu geben, was für unseren Standpunkt die neuesten Erfahrungen in den hierfür bedeutungsvollsten Ländern zeigen.“ — Wir können den Parteigenossen die Anschaffung der Broschüre nur empfehlen und geben noch nachfolgend die hauptsächlichsten Abschnitte der Broschüre bekannt. — Aus dem Inhalt der Broschüre nennen wir nachfolgenden Abschnitte: Die Konjunktionsgenossenschaft, vom sozialdemokratischen Standpunkt betrachtet. Die englische Genossenschaftsbewegung. Die belgischen Genossenschaften. Die sächsischen Arbeiterkonjunktionsvereine.

Briefkasten.

Minden. Das können Sie am Orte bei der Polizei oder Militärbehörde am besten erfahren. 3. Auslandspost ist für jedes fremde Land erforderlich. 4. In Gegenwart von Zeugen würde der Meister ein solches Versprechen wohl nicht gegeben haben, weil ein solches zu halten wohl recht oft unmöglich sein würde; damit erledigt sich Ihre weitere Frage.

Mittweida, G. G. Stuhlfluchtrock liefert die Firmen Anton Papendit, Bremen, auch Stoldt, Hamburg, Müddingsmarkt. Leim und Schmierpapier erhalten Sie bei Herrn Paul Horn, Hamburg; das Letztere auch bei E. Went in Karlsruhe a. d. Moser. Neustadt a. O., G. G. Welchen Bericht meinen Sie? Hier ist ein solcher in der angegebenen Zeit nicht eingegangen. Dortmund, D. B. In nächster Nummer.

Quittung.

Im Juli und August sind von den Verwaltungsstellen für 1900 folgende Beträge eingegangen aus: Mittweida M. —,70, Gardelegen 1,50, Schleiz —,60, Berlin 1,10, Straßburg 2,30, Edersee —,40, Karlsruhe 1,20, Münster 1,50, Tullingen 1,10, Merseburg 1,30, Frankenberg —,90, Passau 1,30, Eisenburg 5,90, Dortmund 3,15, Kellheim 2,10, Trebbin 2,75, Söck 4,40, Briesau —,60, Altona 8,85, M. Gladbach —,40, Dresden 14,70, Charlottenburg 4,60, Goslar 4,70, Essen 4,35, Weinheim 2,—, Lübeck 1,20, Marburg —,40, Lahr —,80, Danneberg 3,60, Bielefeld 1,95, Friedrichshafen 2,80, Weißenhof —,90, Wülfer 1,80, Stendal 1,20, Speyer 1,10 und Wiesbaden —,40.

An Abonnementsbeträgen sind eingegangen aus: Vögen (S.) M. 1,01, Babel (S.) 5,20, Füllsteinberg (N.) 2,—, Gerbers (S.) 1,—, Kall (S.) 2,—, Mündenheim (St.) 3,—, Mosbener (S.) 1,—, Schaffhausen (Holzarb. Gewerksch.) 14,—, Straßburg i. E. (St.) 1,—, Schmöln (S.) 1,—, Wien (Gewerksch. Tischlerarb. N.) 2,03, Zürich (S.) 19,27 und Reiz —,75.

Die Expedition der „Holzarbeiter-Zeitung“.

Versammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 Pf.)

Dresden. Am Dienstag, den 17. Sept., Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Zum Bürgerbräu, Altmarkt 8, 1. Et.: Vereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Prof. Dr. Hofmeister „Ueber die Verträge“. 2. Bericht und Geschäftsbericht. 3. Beschlüsse und Besondere Angelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen wünscht der Vorstand.

Essen. Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am Sonntag, den 22. September, Nachmittags 4 Uhr, im Verbandslokale, bei Herrn F. Schröder, Kiefernstr., statt. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Die Lokalverwaltung.

Magdeburg. Am Sonnabend, d. 14. Sept., Abends 8 Uhr, im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke. Tages-Ordnung: 1. Vortrag: „Grundlage des Klassenkampfes“. 2. Diskussion.

Wandsbeck. Am Sonntag den 15. d. Mt., Nachmittags 4 Uhr, bei Dänische. Tagesordnung: 1. Die Ansiperrung der Vorkonferenzen bei Steidtmann und Regel. 2. Bericht vom Kartell. 3. Beschlüsse. Die Ortsverwaltung.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer eingetragen werden können, müssen spätestens Dienstag Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Vorsitzender, Bevollmächtigter G. Gerthe, Reichslokale und Herzberge, Wuppertal am Ufer, wofür sich die Reklamierung anstrengt und der Arbeitsnachweis sich befindet.

Das Mitgliedsbuch Nr. 3 (?) des Kollegen Adolph Frickes aus Gosenfeld (Hannoverschweig) ist abhandeln gekommen. Sollte es den Zahlungsverhältnissen zu finden kommen, so bitten wir, es dem Vorzeiger abzugeben und es uns einzusenden. [50 M.] Die Ortsverwaltung Gosenfeld. Hermann Juri, Bevollmächtigter.

Fritz Kurring, Wilm. Sembler, Ad. Bogelung und Gottf. Grundenberg werden um ihre Abreise ersucht.

Herrn. Ständke, Einzel (Hann.), [50 M.] [50 M.]

Der hiesigen des Kollegen Gerhard de Paas auf, seinen Verpflichtungen der Verwaltungsgesellschaft Essen gegenüber nachzukommen, wünschenswert mit unserer Seite einverstanden werden. [50 M.] Die Ortsverwaltung Essen.

Aufforderung.

Zur Nummer 11. Erdmann, Entz. Nr. 166-19, geb. 15. Februar 1870 zu Potsdam ersuchen wir, ausgehend seinen Verpflichtungen der hiesigen Zahlstelle gegenüber nachzukommen, wünschenswert mit unserer Seite einverstanden werden. Sollten wir nicht mit unserer Seite einverstanden sein, so bitten wir, es dem Vorzeiger abzugeben und es uns einzusenden. Die Ortsverwaltung Essen.

Aufforderung.

Der Tischler Robert Fahn: ich, Buch-Nr. 72400, wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen hier am Orte nachzukommen. Sollten, welchen der Aufenthalt desselben bekannt ist, werden gebeten, ihm dieses mitzutheilen. Verwaltungsgesellschaft Peine. Hermann Boden, Kassierer.

Aufforderung.

Den Kollegen Carl Fernel, geb. zu Emden, ersuchen wir, die Angelegenheit seines Verbandsbuches in Richtigkeit zu bringen. Die Verwaltungsbeamten werden ersucht, den pp. Fernel auf Obiges aufmerksam zu machen und ihm kein neues Buch anzuhellen. Paul Wandert, Bevollmächtigter. Apenrade, Gr. Straße 39.

Zur Beachtung.

Das Mitgliedsbuch Nr. 4440, auf den Namen Hermann Müller lautend, ist verloren gegangen. Sollte es jemand zu Gesicht kommen, so bitten wir, dasselbe dem Vorzeiger abzugeben und an uns einzusenden. Die Ortsverwaltung Etrich.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltungsgesellschaft Essen a. d. R. Sonntag, den 22. September 1895:

Sechstes Stiftungsfest,

bestehend in Konzert, Theater und Ball, unter Mitwirkung des hiesigen Arbeitervereins, im Lokale der „Rothengasse“.

Anfang 4 Uhr. Hierzu sind die wünschenden Verwaltungsstellen und Mitglieder freundlichst eingeladen. [A 2,10] Das Festcomité.

Eugen Berger, Tapezierer,

wird ersucht, wegen Regelung seiner Ecken ausgehend seinen Aufenthalt an S. 256, Sieben, Caplanstraße 19, mitzutheilen.

Ein Korbmachergejelle

kann dauernde Beschäftigung a. Gehaltsarbeit erhalten bei G. Krüger, Ruppenhagen, Rjohmstraße 18. Reisegeld ab Lübeck wird vergütet.

Zwei Korbmachergejellen

auf Reitarbeit werden sofort bei gutem Lohn gesucht. Reisegeld wird vergütet. Th. Schauburg, Korbmachermeister, Raumburg a. d. Saale.

Drei tüchtige Korbmacher

auf Reitarbeit (Hollentische) finden dauernde Arbeit bei Carl Apelt, Mühlberg a. d. Elbe.

Korbmachergejellen

auf Reitarbeit gesucht sofort mehrere. Eckardt h. Gerckenmünde.

Zwei tüchtige Modell-Schreiner

per sofort gesucht. Maschinen- u. Armaturfabrik vorm. Klein, Schanzlin & Becker in Frankenthal (Rheinpfalz).

Ges. zwei Korbmachergehilfen

auf matte Tischföhrde. Dauernde Beschäftigung. H. Förster, Cuxhaven.

Tüchtiger Holzbildhauer

für Massenartikel gesucht bei Neumann & Reichel, Fabrik für Restaurations- und Laden-Einrichtungen, Düsseldorf.

Tischlerei,

seit 1878 mit gutem Erfolg betrieben, drei Hobelbänke, eine Drehbank, Möbel- und Sargmagazin, vorzüglich für Anfänger, Umstände halber billig zu verkaufen. Näheres bei C. Alex, Rathenow.

Wer liefert sog. Triumphstühle (Ruhe- u. Krankentühle)? Wer liefert Schiffstühle, sog. Feldstühle? Offerten sub W. H. 842 an Haasenstein & Vogler, N.-G., Frankfurt a. M.

Stellmacherei

mit Grundstück, gr. Kundschaft und Vorräthen bei Dresden gelegen, ist Verhältnisse halber sofort preiswürdig zu verkaufen. Anfragen an Wilh. Manksch in Dresden-Löbtau erbeten.

Hobelbänke

aus sauberer, trockener Gebirgs-Rothbuche mit Schubladen und geschmiedeten Bankhaken. Blatt von 3" Holz, 1" untergeleimt. cm 160 170 190 200 230

M. 31 32 34 36 38 Schraubhölzer, Schraubzwingen. Hermann Gorlt, Liegnitz i. Schl., Georgenstr. 15. Versand geg. Kasse u. Nachnahme. Preisliste franko.

Genossen! Kauft nur den Meistern von Jean Blos, Stein bei Nürnberg, „Solidarität“

Tischler-Schule

Sternberg i. Mecklbg.

Ankunft durch den Direktor Moritz Wenck, Architekt

Paul Horn, Hamburg

Fabrik chemischer Produkte.

Comptoir: Hamburg, Admiralitätstrasse No. 23.

Fabrik: Wandsbeck, Zollstrasse No. 39.

- Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, rauhen das Holz nicht auf, prächtige Farbentöne, sofort trocken.
Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und farbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trockenend.
Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
Paul Horn's Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
Paul Horn's Patent-Politur zum Reinspolieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelausschlagen. Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
Paul Horn's Fließpapier sind überall gelobt, da zähe und scharf.
Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.
Paul Horn liefert Ia. rektifiziertes 95% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
Paul Horn ist preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1894.
Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.
Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.
Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus aller. Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

Zur: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.